

26. Okt. 1983
 1883

Fremdarbeiterregelung; Revision der Verordnung
 des Bundesrates vom 22. Oktober 1980 über die
 Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer

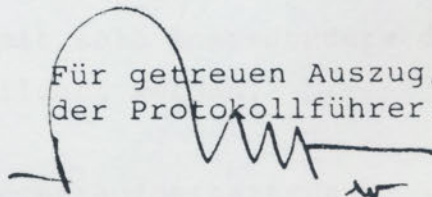
Aufgrund des Antrages des EVD / EJPD vom 6. Okt. 1983
 Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer wird gutgeheissen.
2. Die Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. November 1983.

Veröffentlichung:
 Amtliche Sammlung

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
		EDA		
		EDI		
X		EJPD	3	-
		EMD		
		EFD		
X		EVD	9	-
		EVED		
X		BK	4	-
		EFK		
		Fin. Del.		



26.10

Z U S A M M E N F A S S U N G

1. Der Bundesrat hält an seiner bisherigen Stabilisierungspolitik fest.
2. Die Gesamtzahl der Jahresaufenthalter- und Kurzaufenthalterkontingente bleibt unverändert; die Neuberechnung des Verteilungsschlüssels aufgrund neuer Basiszahlen hat jedoch gewisse Verschiebungen innerhalb der kantonalen Kontingente zur Folge.
3. Damit der auf 110'000 fixierte Höchstbestand an Saisoniers nicht überschritten wird, muss gesamtschweizerisch eine Kürzung der Zahl der Einreisen um ca. 5 Prozent vorgenommen werden, wobei sich auch hier Verschiebungen innerhalb der kantonalen Kontingente ergeben.
4. Die Zahl der nicht-kontingentierte Einreisen von Aufenthaltern soll durch verschärfte Vorschriften reduziert werden.
5. Auch Saisonbetriebe können künftig Ausländer beschäftigen, welche sich für nur höchstens drei Monate in unserem Land aufhalten. Damit soll insbesondere das Schwarzarbeiterproblem gemildert werden.
6. Eine Ueberschreitung der Höchstaufenthaltsdauer von neun Monaten für Saisoniers wird künftig auch in Ausnahmefällen nicht mehr bewilligt.
7. Zwecks besserer Ueberprüfung der arbeitsmarktlichen Vorschriften kann vom Arbeitgeber künftig die Vorlegung eines schriftlichen Arbeitsvertrages verlangt werden. Auch die Frage der Uebernahme der Reisekosten ist schriftlich zu regeln.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

530.1

Bern, 6. Oktober 1983

Ausgeteilt

An den
B u n d e s r a t

Fremdarbeiterregelung /
Revision der Verordnung des Bundesrates
vom 22. Oktober 1980 über die Begrenzung
der Zahl der erwerbstätigen Ausländer

A Einleitung

Mit Beschluss vom 29. Juni 1983 hat der Bundesrat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ermächtigt, den Kantonen, den Spitzenverbänden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und den politischen Parteien einen Entwurf für eine revidierte Fremdarbeiterregelung zur Stellungnahme mit Frist bis Ende August 1983 zu unterbreiten. Die Neuregelung ist auf den 1. November 1983 in Kraft zu setzen.

Der Vernehmlassungsentwurf strebte im wesentlichen folgende drei Ziele an: Erstens ging es um eine Neuverteilung der kantonalen Höchstzahlen für die Einreise von Jahresaufenthaltern, Kurzaufenthaltern und Saisoniers aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten. Zweitens wurden strengere Kriterien im Bereich der nicht-kontingentierte Einreisen vorgeschlagen, um die Stabilisierungsbemühungen zusätzlich zu unterstützen. Drittens beinhaltete der Vernehmlassungsentwurf einige weitere materielle Änderungen aufgrund der bisherigen Praxis sowie ein paar redaktionelle und formelle Anpassungen.

B Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Am Vernehmlassungsverfahren beteiligten sich alle Kantone, Spitzenverbände und grösseren Parteien. Zusätzlich äusserten sich eine ganze Reihe interessierter Berufsverbände und Organisationen sowie verschiedene Frauengruppen.

Grundsätzlich wird die Zielrichtung des Entwurfes von der Mehrheit der vernehmlassenden Stellen gutgeheissen. Dies betrifft insbesondere die Massnahmen bei den nicht-kontingentierte Einreisen. Allerdings werden die einzelnen Vorschläge unterschiedlich beurteilt. Es ergeben sich folgende wesentliche Aspekte:

Die Neufestsetzung und Neuverteilung der kantonalen Höchstzahlen für Jahresaufenthalter findet im grossen

und ganzen Zustimmung, wobei allerdings vor allem dem Einbezug der Grenzgänger in den Berechnungsmodus des neuen Verteilungsschlüssels teilweise Kritik erwächst. Während die meisten Grenzkantone ihre Unzufriedenheit über die Kürzung ihrer Kontingente bekunden, befürchten insbesondere die Arbeitnehmerverbände, dass durch die leichte Kontingentserhöhung der Binnenkantone zu Lasten der Grenzkantone die Gesamtzahl der Ausländer in der Schweiz anwachsen könnte.

Den neuen Verteilungsschlüssel für die kantonalen Saisonnierskontingente verbunden mit einer linearen Kürzung der Gesamteinreisezahl um 5,2 Prozent befürwortet, teilweise mit Vorbehalten, ein Mehr der Kantone. Negativ äussern sich hauptsächlich diejenigen Kantone, für welche sich eine besonders starke Kürzung ihres bisherigen Kontingentes ergibt. Die Arbeitnehmerverbände und einige Parteien treten generell für eine Gesamtreduktion der Saisonierereisen ein; demgegenüber sind vor allem die Arbeitgeberverbände der Auffassung, auf eine lineare Kürzung der Kontingente sei zu verzichten.

Was die Neuverteilung der Kurzaufenthalter angeht, sprechen sich die Kantone Zürich und Basel-Stadt besonders deutlich gegen eine Kürzung ihrer Kontingente aus. Der Schweizerische Gewerbeverband, die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Fremdenverkehrsverband plädieren für eine Erhöhung des Bundeskontingentes für Kurzaufenthalter.

Im Bereich der nicht-kontingentierte Einreisen sind es in erster Linie Artikel 2 Buchstaben a und e, gegen die

zum Teil heftig opponiert wird. Im übrigen herrscht fast durchwegs die Meinung vor, dass zur Einschränkung der Einreisen ausserhalb des Begrenzungssystems strengere Massnahmen richtig sind.

Zu den übrigen Aenderungsvorschlägen lässt sich folgendes festhalten:

- Die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d zusätzlich vorgesehene Beschäftigungsmöglichkeit von ausländischen Arbeitskräften für höchstens drei Monate auch in Saisonbetrieben wird von den Kantonen und Arbeitgeberorganisationen beinahe ohne Gegenstimmen positiv aufgenommen, stösst aber bei den Arbeitnehmerverbänden, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Nationalen Aktion sowie vier weiteren Organisationen auf weniger Verständnis.
- Die Erweiterung von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h beim BIGA-Kontingent findet durchwegs gute Aufnahme.
- In ein paar wenigen Vernehmlassungen wird die Aufhebung der Regelung für "alte Saisoniers" als zu abrupt erachtet.
- Die übrigen mehr formellen und redaktionellen Anpassungen werden fast ausnahmslos befürwortet.

Aus einer Reihe von weiteren vorgebrachten Anliegen sei die mehrfach geäusserte Forderung herausgegriffen, die Arbeitgeber zu verpflichten, ihren Gesuchen für ausländische Arbeitskräfte einen schriftlichen Arbeitsvertrag beizulegen.

C Die wesentlichen Punkte der neuen Verordnung

Gesamthaft zeigt die Auswertung der Vernehmlassung, dass die Stossrichtung der vorgesehenen Neuregelung als richtig zu bezeichnen ist. Mit wenigen Retouchen können die vorgeschlagenen Neuerungen aufgrund der heutigen und der absehbaren wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Entwicklung durchwegs verantwortet werden. Das Vernehmlassungsverfahren verdeutlicht zudem das überwiegend vorhandene Verständnis für eine konsequente Weiterführung der bundesrätlichen Stabilisierungspolitik und zeigt, dass vor allem entsprechende Einschränkungen im Bereiche der nicht-kontingentierte Einreisen angestrebt werden müssen.

Wir unterbreiten Ihnen daher die folgenden Vorschläge zur definitiven Beschlussfassung:

1. Jahresaufenthalterkontingente

Die Gesamtzahl der Höchstzahlen für die Einreise von Jahresaufenthaltern (kantonale Kontingente: 7'002; BIGA-Kontingent: 3'000) ist unverändert zu belassen. Auch der neue Verteilungsschlüssel für die kantonalen Jahresaufenthalterkontingente entspricht den heutigen Gegebenheiten und den dringendsten Bedürfnissen, so dass wir diesbezüglich ebenso am Vernehmlassungsentwurf festhalten. Die stärkere Gewichtung der Binnenwanderung im Berechnungsmodus führt zu einem angemessenen Ausgleich zwischen Kantonen mit positivem und solchen mit negativem Wanderungssaldo. Zum Einbezug

der Grenzgänger lässt sich festhalten, dass dieser keine einschneidenden Auswirkungen zeitigt und deshalb beibehalten werden soll. Der Umstand, dass die Verluste der einzelnen Kantone durch einen entsprechenden Zahlenfilter auf höchstens 9 Prozent gegenüber den bisherigen Kontingenten begrenzt werden, verhindert drastische Verschiebungen und führt zu einer verantwortbaren Neuverteilung der kantonalen Kontingente für Jahresaufenthalter.

Eine erhöhte Flexibilität ergibt sich zudem für gewisse Kantone auch dadurch, dass sie ihre Restkontingente aus der laufenden Kontingentsperiode bis höchstens zur Hälfte der neuen kantonalen Höchstzahl auf die nächste Kontingentsperiode übertragen können. Aus Konsequenzgründen sehen wir im Gegensatz zum Vernehmlassungsentwurf vor, auch die Uebertragbarkeit des BIGA-Restkontingentes auf die Hälfte zu beschränken.

2. Saisonierskontingente

Ausgehend von einem weiterhin auf 110'000 Saisoniers fixierten Höchstbestand, der auch im nächsten Jahr nicht überschritten werden soll, lässt sich eine gesamtschweizerische Kürzung der Zahl der Einreisen von Saisoniers um ca. 5 Prozent nicht umgehen. Hingegen kommen wir den massiven Einwänden einiger weniger Kantone gegen die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene Neuverteilung der kantonalen Höchstzahlen für Saisoniers teilweise entgegen. Den sechs Kantonen, welche am stärksten von der Kürzung ihres Kontingentes betroffen sind, wird eine Verbesserung zugestanden, indem

ihnen zusätzlich 1'000 Einheiten nach Massgabe ihrer Kontingente zugeteilt werden, dies unter gleichzeitiger Herabsetzung des BIGA-Kontingentes von 10'000 auf 9'000 Einheiten. Eine allfällige weiter gehende Ueberbrückung von Kürzungsengpässen könnte im Rahmen der bestehenden Vorschriften problemlos über das BIGA-Kontingent bewältigt werden.

3. Kurzaufenthalterkontingente

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Kurzaufenthalter sind, trotz des auch hier streng angewandten Prioritätsanspruchs für einheimische Arbeitnehmer, nach wie vor günstig. Diese Ausländerkategorie fällt überfremdungspolitisch weniger ins Gewicht und verhilft verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu erhöhter Flexibilität, ohne dass sich Auswirkungen bei der ausländischen Wohnbevölkerung im gleichen Ausmass wie durch die Jahresaufenthalter ergeben. Trotzdem möchten wir angesichts der unstabilen Arbeitsmarktlage und als Beitrag zu einer kontinuierlichen Stabilisierungspolitik auf eine Erhöhung sowohl der kantonalen als auch der BIGA-Höchstzahlen für Kurzaufenthalter verzichten.

Hingegen haben wir den Verteilungsschlüssel für die kantonalen Kurzaufenthalterkontingente analog den Jahresaufenthalterhöchstzahlen in der Weise neu berechnet, dass kein Kanton eine Kürzung seines jetzigen Kontingentes um mehr als 9 Prozent in Kauf nehmen muss.

4. Einschränkung der nicht-kontingentierte Einreisen

Obwohl die Vernehmlassung zeigte, dass der Bundesrat

für einschränkende Massnahmen im Bereich der nicht-kontingentierte Einreisen mit Unterstützung auf breiter Ebene rechnen kann, drängen sich gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf verschiedene Modifikationen auf:

Artikel 2 Buchstabe a

Der Vorschlag, ausländische Kinder von Schweizern und Schweizerinnen nur noch ausserhalb der Begrenzungsmaßnahmen zuzulassen, wenn sie minderjährig sind und sich zusammen mit ihren Eltern in der Schweiz aufhalten, geht zu weit. Deshalb drängt sich eine Beibehaltung der bisherigen Regelung auf.

Artikel 2 Buchstabe e

Beamte ausländischer Verwaltungen mit Dienstort in der Schweiz sind weiterhin von der Zulassungsbegrenzung auszunehmen.

Artikel 2 Buchstabe f

Um in der Praxis festgestellte Missbräuche zu verhindern, wird die Einreisemöglichkeit ausländischer Zeitungskorrespondenten ausserhalb der Kontingentierung von präziseren Voraussetzungen abhängig gemacht.

Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und m

Wir halten am Entwurf fest, den bisher nach Geschlechtern getrennt geregelte Familiennachzug unter einem Tatbestand zusammenzufassen und dadurch den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau zu untermauern.

In Ergänzung zu dieser Aenderung wird die Verordnung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vorsehen, nur noch ledigen Kindern unter 20 Jahren im Rahmen des Familiennachzuges die Einreise ausserhalb der Kontingentierung zu bewilligen.

D Weitere Neuerungen und Anpassungen

1. Aufenthalte zur Erwerbstätigkeit für höchstens drei Monate

Die den Ausländern schon bisher offenstehende Möglichkeit einer nicht-kontingentierten Erwerbsaufnahme in der Schweiz für höchstens drei Monate wird erweitert und nicht mehr auf die Arbeit in einem Jahresbetrieb beschränkt. Auch Saisonbetriebe können somit künftig solche Ausländer für höchstens drei Monate beschäftigen. Diese Lösung wird nicht nur zu einer erhöhten Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch zur Milderung des Schwarzarbeiterproblems beitragen.

2. Erweiterter Tatbestand im Jahresaufenthalterkontingent des BIGA

Mit der Neufassung von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h wird es möglich sein, hochqualifizierte Fachleute, deren vorübergehender Aufenthalt in der Schweiz für ein wichtiges Projekt im Inland oder im Ausland un-

erlässlich ist, zu Lasten der BIGA-Höchstzahl für Jahresaufenthalter zu bewilligen.

3. Konsequente Durchsetzung der Aufenthaltsdauer von Saisoniers auf höchstens neun Monate

Seit Beginn der Globalplafonierung im Jahre 1973 dürfen sich Saisonarbeiter strikte nur für höchstens neun Monate in unserem Lande aufhalten. Ausnahmen wurden bisher allerdings für jene Saisoniers toleriert, die ohne Unterbruch seit 1972 in der Schweiz tätig waren. Diese Ausnahmeregelung soll nun, nach zehnjähriger Uebergangszeit, wegfallen. Dies lässt sich umso mehr verantworten, als die Zahl der sogenannten "alten" Saisonarbeiter inzwischen verschwindend klein geworden ist.

4. Schriftlicher Arbeitsvertrag /
Regelung der Reisekosten

Zur besseren Absicherung des ausländischen Arbeitnehmers und zur erhöhten Wirksamkeit der arbeitsmarktlichen Vorschriften wird der Artikel 21 durch folgende zwei Zusätze ergänzt:

- Das zuständige Arbeitsamt kann vom Arbeitgeber zur Ueberprüfung der arbeitsmarktlichen Voraussetzungen einen ausführlichen schriftlichen Arbeitsvertrag verlangen (Artikel 21 Absatz 4).
- Bewilligungen zum erstmaligen Stellenantritt dürfen nur erteilt werden, wenn schriftlich geregelt ist,

VerordnungÜber die Begrenzung der Zahl

wer die Reisekosten trägt, wobei der Arbeitgeber in der Regel die Kosten für die Einreise übernimmt (Artikel 21 Absatz 3).

Beide Neuerungen sind mehrheitlich unbestritten.

5. Formelle Anpassungen

Schliesslich enthält der beiliegende Verordnungsentwurf eine ganze Reihe von kleinen Aenderungen mehr formeller Natur, die sich aufgrund der bisherigen Praxis oder der vorgeschlagenen Neuerungen aufdrängen.

E Zusammenfassung

Die vorgesehene Neuregelung, die auf den 1. November 1983 in Kraft gesetzt werden soll, hält sich im Rahmen der bisherigen Stabilisierungspolitik. Sie bildet eine Fortsetzung des festen Willens des Bundesrates, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand der schweizerischen und dem der ausländischen Wohnbevölkerung zu verwirklichen.

Art. 1Grundsatz

Es ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung zu verwirklichen.

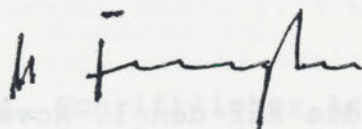
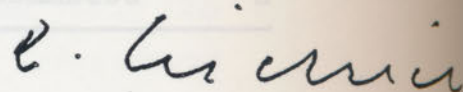
Wir stellen den

A n t r a g :

1. Der beiliegende Entwurf für eine Verordnung des Bundesrates über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer wird genehmigt.
2. Die Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. November 1983.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

In die AS

Beilagen:

- Zusammenfassung
- Revidierte VO BR
- Pressemitteilung
- Presserohstoff

Protokollauszug an:

- EVD 9 (GS 4, BIGA 5)
- EJPD 8 (GS 3, BFA 5)

Verordnungüber die Begrenzung der Zahl
der erwerbstätigen Ausländer

vom

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 3 Absatz 2, 16, 18 Absatz 4 und
25 des Bundesgesetzes vom 26. März 1931¹⁾ über Aufenthalt
und Niederlassung der Ausländer,

verordnet:
-----1. Abschnitt: Zweck und GeltungsbereichArt. 1 Grundsatz

¹⁾Es ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand
der schweizerischen und dem der ausländischen Wohnbevöl-

kerung anzustreben. Die Zahl der erstmaligen Bewilligungen für erwerbstätige Aufenthalter wird daher begrenzt. Die Begrenzungsmaßnahmen sind insbesondere auf eine qualitative Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur und eine möglichst ausgeglichene Beschäftigung auszurichten.

² Auch die Zahl der Saisoniers ist wirksam zu begrenzen.

³ Für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zur Arbeit in öffentlichen und privaten Betrieben und Verwaltungen sowie zur selbständigen Erwerbstätigkeit gelten die nachstehenden Vorschriften.

Art. 2 Nichtunterstellte Personen

Diese Verordnung gilt nicht für:

- a. Ausländer, die mit einer Schweizerin verheiratet sind, sowie ausländische Kinder von Schweizern oder Schweizerinnen;
- b. liechtensteinische Landesbürger, die einen Anspruch auf Bewilligung haben;
- c. vom Bundesamt für Polizeiwesen anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose;
- d. in der Schweiz invalid gewordene Ausländer, sofern die Weiterführung ihrer bisherigen Tätigkeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist;
- e. Beamte ausländischer Verwaltungen mit Dienstort in

der Schweiz sowie weitere Personen, die gestützt auf einen besonderen Bundesratsbeschluss der Zulassungsbegrenzung nicht unterstellt sind;

- neu f. Korrespondenten von Zeitungen, Zeitschriften, Presse- und Informationsagenturen, Radio- und Fernsehanstalten mit Sitz im Ausland, wenn sie hauptberuflich tätig und beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten oder beim Büro der Vereinten Nationen in Genf akkreditiert sind.

Art. 3 Ausnahmen von der Zulassungsbegrenzung

¹Unter Vorbehalt der Artikel 21, 22 und 24 sind von der Zulassungsbegrenzung ausgenommen:

- neu a. der ausländische Ehegatte und die Kinder von Jahresaufenthalten, wenn sie die Aufenthaltsbewilligung aufgrund der Bestimmungen über den Familiennachzug erhalten haben;
- b. folgende Personen, wenn sie eine Erwerbstätigkeit ausüben, für die eine fremdenpolizeiliche Bewilligung erforderlich ist sowie die Ehegatten und die Kinder dieser Personen, sofern sie im gemeinsamen Haushalt leben:
1. Angehörige diplomatischer Missionen und konsularischer Posten;
 2. Beamte internationaler gouvernementaler Organisationen mit Sitz in der Schweiz, die im Besitz einer vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ausgestellten Identitätskarte sind;

3. die durch diese Organisationen berufenen Personen und die bei diesen Organisationen tätigen Konferenzdolmetscher, die eine vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ausgestellte Bescheinigung besitzen;
- c. Ausländer für kurzfristige Aufenthalte, die sich insgesamt über längstens acht Monate im Kalenderjahr erstrecken, wenn sie eine Tätigkeit ausüben wollen:
 1. als Künstler, wie Musiker, Kunstmaler, Bildhauer, Plastiker, Dichter, Film- und Theaterschauspieler, Regisseure, Kabarettisten;
 2. als Zirkus- und Variétéartisten, die eine Nummer mit künstlerischem Gehalt vortragen;
 3. als Tänzer, die eine künstlerisch-musikalische Darbietung erbringen;
- neu d. Ausländer, die innert eines Kalenderjahres insgesamt nicht länger als drei Monate in der Schweiz erwerbstätig sind, wenn:
 1. Dauer und zweck des Aufenthaltes in diesem Rahmen zum vornherein feststehen;
 2. sie keinen solchen Ausländer im gleichen Betrieb ersetzen (Rotation);
- neu e. Saisoniers, die aufgrund der Bestimmungen über die Umwandlung von Saisonbewilligungen mit Zustimmung des Bundesamtes für Ausländerfragen eine Jahresbewilligung erhalten;
- neu f. Ausländer, die mit Zustimmung des Bundesamtes für Ausländerfragen wegen eines persönlichen Härtefalles oder aus staatspolitischen Gründen eine Jahresbewilligung erhalten;

- g. im Auftrag des Arbeitgebers vorübergehend, längstens für die Dauer von zwei Jahren ausgereiste Ausländer, sofern die kantonale Fremdenpolizei im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt vor der Ausreise eine Wiedereinreisezusicherung erteilt hat; längere Auslandsaufenthalte ohne Anrechnung an die Höchstzahl bei der Wiedereinreise sind nur aufgrund einer Verfügung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) möglich;
- h. Ausländer, die ihren Aufenthalt zur Absolvierung des Militärdienstes frühestens zwei Monate vor Dienstbeginn unterbrechen, sofern sie innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung der Dienstpflicht in die Schweiz zurückkehren;
- neu i. nichterwerbstätige Ausländer, die eine Teilzeitarbeit von höchstens sechs Stunden pro Woche ausüben;
- k. an höheren Ganztageschulen in der Schweiz eingeschriebene ausländische Schüler und Studenten, die während ihrer Ausbildungszeit eine bezahlte Arbeit leisten, wenn ein Zeugnis der Schulleitung bestätigt, dass diese Tätigkeit im Rahmen des Schulprogramms verantwortbar ist und das Studium nicht hinauszögert;
- l. Absolventen von Hochschulen und ganztägigen Berufs- und Fachschulen in der Schweiz mit hauptsächlich theoretischem Schulprogramm, deren Ausbildung ein Praktikum einschliesst, wenn die praktische Tätigkeit im Verhältnis zur gesamten Ausbildung von un-

tergeordneter Dauer ist;

- m. Ausländer, denen während des Asylverfahrens eine vorläufige Erwerbstätigkeit bewilligt wird;
- n. liechtensteinische Landesbürger, die keinen Anspruch auf Bewilligung haben.

²Grenzgänger sind dieser Verordnung mit Ausnahme der Artikel 17, 21, 22 und 24 nicht unterstellt.

2. Abschnitt: Aufenthaltsbewilligungen für Jahresaufenthalter

Art. 4 Zulassungsbegrenzung

Die Zulassungsbegrenzung für Jahresaufenthalter gilt für:

- a. aus dem Ausland zuziehende Aufenthalter;
- b. Saisoniers, die sich um eine Jahresbewilligung bewerben, ohne dass die Voraussetzungen für eine Umwandlung erfüllt sind (Art. 3 Abs. 1 Bst. e);
- c. in der Schweiz anwesende nicht erwerbstätige Ausländer, die um eine Jahresbewilligung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit nachsuchen;

- d. Inhaber einer vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ausgestellten Identitätskarte oder eine Bescheinigung, die ihren Sonderstatus aufgeben und um eine Jahresbewilligung zur Ausübung einer andern Erwerbstätigkeit nachsuchen;
- e. Ausländer, die zu einer kurzfristigen Tätigkeit zugelassen worden sind und über die festgesetzte Frist hinaus in der Schweiz bleiben wollen oder eine andere Erwerbstätigkeit auszuüben beabsichtigen;
- f. Ausländer, die zu einem bestimmten Zweck ohne Unterstellung unter die Zulassungsbegrenzung zugelassen worden sind und die eine andere Erwerbstätigkeit auszuüben beabsichtigen.

Art. 5 Höchstzahlen für Jahresaufenthalter

¹Die Kantone können erstmalige Aufenthaltsbewilligungen an Jahresaufenthalter, die der Zulassungsbegrenzung unterliegen, bis zu den im Anhang 1 festgesetzten Höchstzahlen erteilen.

²Erfordert es die wirtschaftliche Lage, kann der Bundesrat nach Anhören der Kantone und Wirtschaftskreise die Kontingente der Kantone ganz oder teilweise sperren.

³Neue Jahresaufenthalter, die in einem andern als ihrem Wohnsitzkanton arbeiten, werden der Höchstzahl desjenigen Kantons angerechnet, der das Einverständnis nach Artikel 8 des Bundesgesetzes vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer gibt.

⁴Ueber die kantonalen Höchstzahlen hinaus können erstmalige Aufenthaltsbewilligungen für Jahresaufenthalter nur nach den Verfügungen des BIGA erteilt werden.

Art. 6 Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen
durch die Kantone

¹Die Kantone können über das Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen Vorschriften erlassen und insbesondere Fachkommissionen zur wirtschaftlichen Begutachtung von Gesuchen um Erteilung neuer Aufenthaltsbewilligungen einsetzen.

²Bei der Verteilung ihrer Kontingente haben die Kantone in erster Linie den dringendsten Bedürfnissen des Gesundheits- und Bildungswesens Rechnung zu tragen sowie die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu versorgen.

Art. 7 Zusätzliche Aufenthaltsbewilligungen an
Jahresaufenthalter aufgrund von Verfügungen
des BIGA

neu ¹Nicht angerechnet an die kantonalen Höchstzahlen werden Bewilligungen für Jahresaufenthalter, die aufgrund von Verfügungen des BIGA erteilt werden (Anhang 1 Abs. 1 Bst. b):

a. an Arbeitskräfte für Verwaltungen und Betriebe des Bundes;

b. zur Ueberbrückung von Notlagen in ausserordentlichen

Fällen, die für Kantone ohne Grenzgänger mit besonders kleinem Kontingent oder besonders kleinem Ausländeranteil von ungewöhnlicher Tragweite sind;

c. zur Milderung regionaler Ungleichgewichte, vor allem in entwicklungsschwachen Regionen oder in Kantonen mit besonders empfindlicher wirtschaftlicher Struktur;

d. weil wichtige wirtschaftliche Interessen mehrerer Kantone oder Aufgaben von gesamtschweizerischer Bedeutung es erfordern;

e. an Führungskräfte, qualifizierte Fachleute oder Arbeitskräfte mit einer innerbetrieblichen Schlüssel-funktion, deren Aufenthalt in der Schweiz nachgewiesenermassen der Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen für eine grössere Anzahl von einheimischen Arbeitskräften dient;

f. an Arbeitskräfte, die für die wissenschaftliche Forschung in der Schweiz unentbehrlich sind;

g. an Arbeitskräfte, die dringende öffentliche Bauarbeiten von nationaler oder grosser regionaler Bedeutung ausführen und das ganze Jahr hindurch benötigt werden;

neu h. an hochqualifizierte Fachleute, deren vorübergehender Aufenthalt in der Schweiz für ein wichtiges und konkretes Projekt oder eine ausserordentliche Aufgabe unerlässlich ist;

i. an Führungskräfte oder qualifizierte Fachleute international eng verflochtener Firmen, die auf eine Schlüssel-funktion in einem Betrieb im Ausland vorbereitet werden;

- k. weil die Zulassung aus Gegenrechtsgründen geboten ist;
- l. an Arbeitskräfte für internationale nicht gouvernementale Organisationen, die religiösen oder gemeinnützigen Zwecken dienen oder die Interessen von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen vertreten;
- m. an Geistliche;
- n. an Künstler, Musiker und Artisten mit Jahresengagement;
- o. an Arbeitskräfte für Betriebe von grosser kantonaler oder regionaler Bedeutung, die neu eröffnet oder wesentlich erweitert werden;
- p. an Angehörige von Entwicklungsländern, die im Rahmen von Entwicklungsprojekten der technischen Zusammenarbeit eine zum voraus bestimmte, in der Regel mehrjährige Fachausbildung absolvieren, sofern die Gewähr besteht, dass sie die erworbenen Kenntnisse anschliessend in ihrem Herkunftsland einsetzen.

²Bewilligungen ohne Anrechnung an die kantonalen Höchstzahlen können auch erteilt werden, wenn einzelne Voraussetzungen von mehreren in Absatz 1 aufgeführten Tatbeständen in der Weise erfüllt sind, dass sich eine Belastung des Bundeskontingentes rechtfertigt.

3. Abschnitt: Aufenthaltsbewilligungen für Kurzaufenthalter

Art. 8 Praktikanten, Au-pair-Mädchen und andere Kurzaufenthalter

¹Die Kantone können Aufenthaltsbewilligungen an Praktikanten, Au-pair-Mädchen sowie an andere Ausländer, die sich für eine Erwerbstätigkeit von kurzer Dauer in der Schweiz aufhalten, bis zu den im Anhang 3 festgesetzten Höchstzahlen erteilen.

²Die Bewilligungen an Au-pair-Mädchen können für zwölf Monate, jene an die übrigen Ausländer für höchstens sechs Monate erteilt werden.

Art. 9 Zusätzliche Aufenthaltsbewilligungen an Kurzaufenthalter aufgrund von Verfügungen des BIGA

¹Aufenthaltsbewilligungen können aufgrund von Verfügungen des BIGA zum Zweck der Weiterbildung für höchstens zwölf Monate erteilt werden an:

- a. einzelne Ausländer mit abgeschlossener Berufslehre oder Matura und einigen Jahren praktischer Tätigkeit, sofern sie für eine anschliessende Tätigkeit in einem Mutter-, Zweig- oder Tochterbetrieb oder bei einem Lizenznehmer im Ausland vorgesehen sind;
- b. Arbeitskräfte, die von Unternehmungen mit Sitz in der Schweiz auf technische und administrative Aufgaben im Ausland vorbereitet werden sollen;

- c. einzelne Akademiker mit abgeschlossenem Studium oder in höheren Semestern, wenn das Praktikum integrierender Bestandteil der Ausbildung ist;
- d. Absolventen höherer Berufsschulen, wenn das Praktikum integrierender Bestandteil der Ausbildung ist, und Berufsleute, die von Berufsverbänden zur Förderung ihrer Fachkenntnisse an einen Betrieb vermittelt werden;
- e. Stipendiaten und Stagiaires aus Entwicklungsländern, die sich im Rahmen von Entwicklungsprogrammen der technischen Zusammenarbeit in einem Betrieb weiterzubilden haben;
- f. Stipendiaten gouvernementaler oder nicht gouvernementaler internationaler Organisationen, die in der Schweiz einen Ausbildungsaufenthalt absolvieren wollen;
- g. Ausländer mit Berufsausbildung, die sich am Sitz einer nicht gouvernementalen internationalen Organisation im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe 1 spezifische Kenntnisse zur Ausübung ihrer späteren Aufgaben im Ausland im Rahmen der Tätigkeit dieser Organisation aneignen müssen;
- h. Stagiaires, die aufgrund eines Stagiaires-Abkommens oder einer zwischenstaatlichen Verwaltungsvereinbarung in einem Betrieb arbeiten wollen;
- i. Personen mit mehrjähriger Praxis, sofern ihre Erwerbstätigkeit mit einem Aus- oder Weiterbildungsprogramm verbunden ist.

²Aufgrund von Verfügungen des BIGA können Aufenthaltsbewilligungen für höchstens zwölf Monate erteilt werden an Montage- und Bauequipen von Unternehmungen mit Sitz im Ausland, die in der Schweiz keine Zweig- oder Tochterbetriebe oder Lizenznehmer haben, sofern diese Equipen für einzelne, zum voraus bestimmte und befristete Montagen und Bauvorhaben benötigt werden.

³Aufgrund von Verfügungen des BIGA können Aufenthaltsbewilligungen für höchstens zwölf Monate erteilt werden an qualifizierte Fachleute, die von international eng vernetzten Firmen, von ausländischen höheren Lehranstalten oder von wissenschaftlichen Forschungsinstituten beschäftigt werden, wenn sie für einen zum voraus bestimmten Zweck einreisen.

neu ⁴Das BIGA ist bei den Verfügungen nach den Absätzen 1 - 3 an die Höchstzahl des Anhangs 3 Absatz 1 Buchstabe b gebunden.

neu ⁵Wird eine Bewilligung nach den Absätzen 1 Buchstaben a-g, 2 oder 3 ausnahmsweise um höchstens sechs Monate verlängert, so ist dafür eine neue Verfügung des BIGA erforderlich, die der Höchstzahl nach Anhang 3 Absatz 1 Buchstabe b angerechnet wird; Bewilligungen nach Absatz 1 Buchstabe h können gestützt auf eine Verfügung des BIGA ohne Anrechnung verlängert werden.

⁶Ein Ausländer kann eine Aufenthaltsbewilligung nach Absatz 1 nur einmal erhalten.

4. Abschnitt: Aufenthaltsbewilligungen für Saisonniers

Art. 10 Höchstzahlen für Saisonniers

¹Der Bundesrat bestimmt für jedes Jahr den gesamtschweizerischen Höchstbestand an Saisonniers, der nicht überschritten werden soll.

²Zu diesem Zweck setzt er für jeden Kanton die Höchstzahl der zuzulassenden Saisonniers fest; diese Höchstzahlen beziehen sich auf ein Jahr.

³Die Fremdenpolizeibehörden können Zusicherungen von Aufenthaltsbewilligungen und Einreisebewilligungen für Saisonniers nur im Rahmen der im Anhang 2 festgesetzten Höchstzahlen ausstellen.

⁴Sollte es die wirtschaftliche Lage erfordern, kann der Bundesrat, nach Anhören der Kantone und Wirtschaftskreise, die kantonalen Kontingente für die Zulassung von Saisonniers ganz oder teilweise sperren.

Art. 11 Voraussetzungen für die Erteilung von Saisonbewilligungen

¹Innerhalb der vom Bundesrat festgesetzten Höchsteinreisezahlen können Saisonbewilligungen nur dann erteilt werden, wenn:

- a. es sich um einen Betrieb handelt, der saisonalen Charakter hat;
- b. der Ausländer, für den um eine Bewilligung ersucht wird, in diesem Betrieb tatsächlich eine Saisontätigkeit ausübt;
- c. der Ausländer, für den um eine Bewilligung ersucht wird, gegen die Folgen der vorzeitigen Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen angemessen geschützt wird.

²Saisonbewilligungen dürfen nur für die Dauer der Saison, längstens aber für neun Monate, erteilt werden; die Dauer der Tätigkeit bei verschiedenen Arbeitgebern wird zusammengerechnet.

neu ³Die Saisonbewilligung darf nicht über neun Monate hinaus verlängert werden, und der Auslandsaufenthalt des Saisonniers muss innerhalb eines Jahres insgesamt mindestens drei Monate betragen.

Art. 12 Frühestes Einreisedatum für Saisonniers
des Baugewerbes

neu ¹Saisonniers im Baugewerbe dürfen frühestens am 9. März zum Stellenantritt einreisen. Das Bundesamt für Gesundheitswesen und das Bundesamt für Ausländerfragen treffen Massnahmen, um eine reibungslose grenzsanitarische Kontrolle zu gewährleisten.

²Für dringende und unaufschiebbare Vorhaben von nationaler oder grosser regionaler Bedeutung sowie für Sonderfälle können den im Absatz 1 erwähnten Saisoniers aufgrund von Verfügungen des BIGA Bewilligungen zum Stellenantritt vor dem 9. März erteilt werden.

Art. 13 Zusätzliche Saisonbewilligungen aufgrund von Verfügungen des BIGA

Nicht angerechnet an die kantonalen Höchststeinreisezahlen für Saisoniers werden Einreisezusicherungen, die nach den Verfügungen des BIGA ausgestellt werden können (Anhang 2 Absatz 2 Buchstabe b):

- a. für Bauunternehmen mit multikantonomer Tätigkeit, insbesondere jene, die früher über einen Globalbestand verfügten;
- b. für die Durchführung von Aufgaben von gesamtschweizerischem Interesse;
- c. zur Milderung regionaler Ungleichgewichte, vor allem in Kantonen mit besonders kleinem Kontingent oder besonderer wirtschaftlicher Struktur.

5. Abschnitt: Stellen-, Berufs- und Kantonswechsel

Art. 14 Stellenwechsel

¹Bewilligungen zum Stellenwechsel sind Jahresaufenthaltern im ersten Jahr und Saisoniers während der Dauer der Saison in der Regel nicht zu erteilen.

²Ausnahmen können nach Prüfung durch das zuständige Arbeitsamt (Art. 21 Abs. 4) bewilligt werden, wenn:

- a. bei Jahresaufenthaltern der Arbeitsvertrag auf eine kürzere Dauer abgeschlossen worden ist oder sich eine kürzere Dauer aus der Natur des Arbeitsvertrages ergibt und wenn es bei Saisoniers mit den vertraglichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie mit den Bestimmungen des schweizerischen Arbeitsvertragsrechts vereinbar ist;
- b. der Arbeitsvertrag im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgelöst worden ist;
- c. der Arbeitgeber den Arbeitsvertrag kündigt aus Gründen, die nicht beim Arbeitnehmer liegen;
- d. der Arbeitsvertrag aus wichtigen Gründen nach Artikel 337 des Obligationenrechts¹⁾ aufgelöst wird.

³Nach einem ordnungsgemässen und ununterbrochenen Aufenthalt von einem Jahr wird der Stellenwechsel bewilligt,

1) SR 220

wenn der bisherige Arbeitsvertrag ordnungsgemäss aufgelöst worden ist und wenn dem Antritt der neuen Stelle nach den Vorschriften des Bundes nichts entgegensteht.

Art. 15 Berufswechsel

¹Jahresaufenthaltern wird der Berufswechsel nach Prüfung durch das zuständige Arbeitsamt (Art. 21 Abs. 4) nach einjährigem ununterbrochenem Aufenthalt gleich wie der Stellenwechsel bewilligt.

²Saisonniers ist der Berufswechsel während der Dauer der Saison in der Regel nicht zu bewilligen.

³Ausnahmen sind zu bewilligen, wenn die Voraussetzungen für den Stellenwechsel erfüllt sind und wenn schwerwiegende persönliche Gründe die Weiterführung des bisherigen Berufes als unzumutbar erscheinen lassen.

⁴Unter Vorbehalt von Artikel 4 Buchstabe f bedürfen Ausländer, die im Betrieb des bisherigen Arbeitgebers eine andere als die bewilligte Tätigkeit ausüben wollen, hierzu keiner Bewilligung.

Art. 16 Kantonswechsel

¹Jahresaufenthaltern wird der Kantonswechsel, der mit einem Stellenwechsel verbunden ist, nach Prüfung durch das zuständige Arbeitsamt (Art. 21 Abs. 4) nach einjährigem

ununterbrochenem Aufenthalt gleich wie der Stellenwechsel bewilligt.

²Saisonniers ist der Kantonswechsel, der mit einem Stellenwechsel verbunden ist, während der Dauer der Saison in der Regel nicht zu bewilligen.

³Ausnahmen können bewilligt werden, wenn schwerwiegende persönliche Gründe die Verweigerung des Kantonswechsels als unzumutbar erscheinen lassen und wenn die Zustimmung des Kantons vorliegt, in dem der Ausländer bisher gearbeitet hat.

6. Abschnitt: Grenzgänerbewilligungen

Art. 17

¹Grenzgänger, die eine Erwerbstätigkeit ausüben wollen, müssen um eine Arbeitsbewilligung für Grenzgänger (Grenzgängerbewilligung) nachsuchen.

²Eine Grenzgängerbewilligung darf für neue Grenzgänger nur erteilt werden, wenn sie seit mindestens sechs Monaten ihren ordentlichen Wohnsitz in der benachbarten Grenzzone haben.

³Grenzgänger dürfen nur innerhalb der Grenzzone tätig sein und haben täglich an ihren Wohnsitz in der benachbarten

Grenzzone zurückzukehren.

⁴Die Kantone sorgen für die Einhaltung dieser Vorschriften.

7. Abschnitt: Durchführung und Zuständigkeit

Art. 18 Zuständigkeit der Bundesbehörden

¹Das Bundesamt für Ausländerfragen ist zuständig für:

- a. Verfügungen über die Unterstellung unter die Verordnung nach Artikel 2 und die Begrenzungsmaßnahmen nach Artikel 3;
- b. die Kontrolle von kantonalen Bewilligungen nach Artikel 19;
- c. die Kontrolle der Saisonbewilligungen nach den Artikeln 11 und 12;
- neu d. die Zustimmung zur Erteilung von Jahresbewilligungen nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben e und f.

²Das BIGA ist zuständig für:

- a. Verfügungen über
 - 1. die Erteilung von Jahresbewilligungen ohne Anrechnung an die kantonalen Höchstzahlen nach Artikel 7;

2. die Erteilung von Bewilligungen an Kurzaufenthalter nach Artikel 9;
3. die Erteilung von Saisonbewilligungen ohne Anrechnung an die kantonalen Höchstzahlen nach Artikel 13;
4. die Erteilung von Bewilligungen zur vorzeitigen Einreise von Saisoniers im Baugewerbe nach Artikel 12 Absatz 2;

b. für den Entscheid über die Beschäftigung von Saisoniers nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe e.

Art. 19 Kontrolle durch das Bundesamt
 für Ausländerfragen

¹Dem Bundesamt für Ausländerfragen sind zur Kontrolle zu unterbreiten:

- a. die Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung und die Einreisebewilligung an Jahresaufenthalter, die neu zur Erwerbstätigkeit in die Schweiz einreisen;
- b. die Aufenthaltsbewilligungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit an in der Schweiz bereits anwesende, bisher jedoch nicht erwerbstätige Ausländer;
- c. die erstmaligen Jahresbewilligungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit an Inhaber einer vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ausgestellten Identitätskarte, die ihr Sonderstatut verlieren, welche jedoch neu eine Erwerbstätigkeit aufnehmen bzw. eine andere Erwerbstätigkeit auszuüben beabsichtigen;

- d. die Aufenthaltsbewilligungen an in der Schweiz bereits erwerbstätige Ausländer nach Artikel 4 Buchstaben b, e und f;
- e. die Zusicherungen der Aufenthaltsbewilligungen und die Einreisebewilligungen an Saisoniers, wobei, wenn schwerwiegende Zweifel bestehen, das BIGA darüber entscheidet, ob die Voraussetzungen für die Beschäftigung von Saisoniers nach Artikel 11 erfüllt sind.

²Das Bundesamt für Ausländerfragen bestimmt, welche Ausnahmen von der Kontrollpflicht nach Absatz 1 gemacht werden können.

³Es versieht die Bewilligungen unverzüglich mit einem Kontrollvermerk.

⁴Der Kontrollvermerk darf nur angebracht werden, solange die freigegebenen Höchstzahlen nicht überschritten sind.

⁵Bewilligungen ohne Kontrollvermerk sind unter Vorbehalt von Absatz 2 ungültig.

⁶Das aus andern als wirtschaftlichen Gründen ausgeübte Zustimmungsrecht des Bundesamtes für Ausländerfragen bleibt vorbehalten.

Art. 20 Verfahren bei Verfügungen des BIGA

¹Soweit keine Sonderregelung besteht, sind Gesuche nach

den Artikeln 7, 9 Absätze 1 - 3 und 5, 12 Absatz 2 und 13 beim zuständigen Arbeitsamt einzureichen, das sie zusammen mit einem begründeten Antrag dem BIGA unterbreitet.

²Die Verfügung des BIGA wird dem Gesuchsteller, dem zuständigen Arbeitsamt und der Kantonalen Fremdenpolizei direkt bekanntgegeben, unter Zustellung einer Kopie an das Bundesamt für Ausländerfragen.

³Auch wenn eine zustimmende Verfügung des BIGA vorliegt, können die Fremdenpolizeibehörden die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen verweigern, sofern andere als wirtschaftliche Erwägungen dies erfordern.

⁴Für die nach den Verfügungen des BIGA ausgestellten Bewilligungen erteilt das Bundesamt für Ausländerfragen ohne weiteres den Kontrollvermerk und, sofern es dafür zuständig ist, die Einreisebewilligung, die Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung oder seine Zustimmung, soweit nicht andere als wirtschaftliche Erwägungen einen abweichenden Entscheid erfordern.

⁵Die Gültigkeit zustimmender Verfügungen des BIGA für Jahresaufenthalter wird in der Regel auf sechs Monate beschränkt.

Art. 21 Arbeitsmarktliche Vorschriften

¹Bewilligungen zum erstmaligen Stellenantritt, zum Stellen- und Berufswechsel und zur Verlängerung des Aufenthaltes dürfen nur erteilt werden, wenn der Arbeitgeber für die betreffende Stelle zu den orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen keine einheimische Arbeitskraft findet, die willens und fähig ist, die in Frage stehende Arbeit zu leisten; als einheimische Arbeitskräfte gelten neben den Schweizern Ausländer mit Niederlassungsbewilligung. Gleichgestellt sind die in Artikel 2 aufgezählten Personen sowie ausländische Jugendliche, die mit ihren Eltern in die Schweiz eingereist sind, hier die Schulen besucht haben und nun eine Lehre antreten.

²Bei Gesuchen zum erstmaligen Stellenantritt muss ausser der Ausschöpfung des einheimischen Arbeitsmarktes zusätzlich geprüft werden, ob keine bereits in der Schweiz anwesenden stellensuchenden kontrollpflichtigen Ausländer auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

³Bewilligungen dürfen ferner nur erteilt werden, wenn dem Ausländer dieselben orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie den Schweizern geboten werden und wenn er eine Unterkunft hat, die auf dem Wohnungsmarkt verfügbar ist und den bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Anforderungen genügt. Bewilligungen zum erstmaligen Stellenantritt dürfen ausserdem nur erteilt werden, wenn schriftlich geregelt ist, wer die Reisekosten trägt. In der Regel muss der Arbeitgeber die Kosten für die Einreise übernehmen.

neu

⁴Jedes Gesuch zum Stellenantritt, zum Stellen- und Berufswechsel sowie um Verlängerung des Aufenthaltes ist dem zuständigen Arbeitsamt zur Prüfung zu unterbreiten. Dieses hat zu beurteilen, ob die arbeitsmarktlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Es kann vom Arbeitgeber einen ausführlichen schriftlichen Arbeitsvertrag verlangen.

Art. 22 Auskunftspflicht der Arbeitgeber

¹Arbeitgeber, welche Aufenthaltsbewilligungen für neu aus dem Ausland zuziehende Ausländer beantragen, haben den eidgenössischen und kantonalen Behörden auf Verlangen Einblick in ihre Bücher und Korrespondenzen zu gewähren.

²Die Behörden können im Einvernehmen mit dem Gesuchsteller auf dessen Kosten die nötigen Untersuchungen durch Sachverständige vornehmen lassen.

Art. 23 Statistische Erhebungen

¹Die zuständigen kantonalen Behörden beschaffen dem Bundesamt für Ausländerfragen und dem BIGA die für die Durchführung und Ueberwachung dieser Verordnung erforderlichen statistischen Unterlagen über die in der Schweiz erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Ausländer.

²Die Kantone verpflichten die Gemeinden, ihre Ausländerregister lückenlos nachzuführen.

³Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement sind ermächtigt, über das Erhebungsverfahren nähere Vorschriften zu erlassen, insbesondere Mindestanforderungen für die Kontrolle und die Durchführung der Ausländerregister aufzustellen und einheitliche Formulare vorzuschreiben.

Art. 24 Strafbestimmungen und administrative Massnahmen

¹Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung sind nach Artikel 23 des Bundesgesetzes vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer strafbar.

²Gesuche um Verlängerung von Bewilligungen oder um Zulassung neuer Arbeitskräfte von Arbeitgebern, die wiederholt oder in schwerer Weise fremdenpolizeiliche Bestimmungen übertreten haben, sind unabhängig von der Einleitung eines Strafverfahrens ganz oder teilweise abzuweisen.

³Die Kosten für die Unterstützung und Rückreise von Ausländern, die ohne Bewilligung beschäftigt wurden, fallen zulasten des Arbeitgebers. Kommt dieser seiner Verpflichtung nicht nach und muss die verfügende Behörde die Kosten vorschliessen, bleibt der Rückgriff auf ihn vorbehalten.

Art. 25 Zusicherungen

Die Gültigkeit der Zusicherungen ist für Saisonbewilligung-

gen auf sechs Wochen und für Jahresbewilligungen in der Regel auf drei Monate zu befristen.

Art. 26 Rechtspflege

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege; auch der Arbeitgeber ist zur Beschwerde berechtigt.

8. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 27 Oberaufsicht über den Vollzug und Ausführungsvorschriften

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement üben die Oberaufsicht über den Vollzug dieser Verordnung aus und erlassen die erforderlichen Ausführungsvorschriften.

Art. 28 Aufhebung bisherigen Rechts

¹⁾Die Verordnung des Bundesrates vom 22. Oktober 1980¹⁾ über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer wird aufgehoben.

1) AS 1980 1574, 1981 1690, 1982 470, 1884, 1983 460.

Art. 29 Uebergangsbestimmung

Die kantonalen Behörden erledigen die bei ihnen hängigen Gesuche nach den Bestimmungen dieser Verordnung.

Art. 30 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. November 1983 in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

Bern,

Art. 25 Zusicherungen

Die Gültigkeit der Zusicherungen ist für Saisonbewilligungen

Anhang 1

neu ¹Die Höchstzahlen der Einreise- und erstmaligen Aufenthaltsbewilligungen, die von jedem Kanton sowie aufgrund von Verfügungen des BIGA an Jahresaufenthalter erteilt werden können, werden wie folgt festgesetzt:

neu a. Kantonale Höchstzahlen

Zürich	1'060	Schaffhausen	111
Bern	751	Appenzell A.Rh.	112
Luzern	281	Appenzell I.Rh.	21
Uri	34	St. Gallen	363
Schwyz	126	Graubünden	264
Obwalden	34	Aargau	428
Nidwalden	27	Thurgau	259
Glarus	68	Tessin	301
Zug	78	Waadt	666
Freiburg	185	Wallis	262
Solothurn	229	Neuenburg	289
Basel-Stadt	269	Genf	474
Baselland	232	Jura	78

b. Höchstzahl für die Verfügungen des BIGA: 3'000.

²Die Höchstzahlen gelten für die Zeit vom 1. November 1983 bis 31. Oktober 1984.

neu ³Die durch die Aenderung vom 27. April 1983¹⁾ der Verordnung des Bundesrates freigegebenen, aber noch nicht ausgeschöpften Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen an Jahresaufenthalter können bis zur Hälfte der Zahlen nach Absatz 1 weiterhin ausgenützt werden.

Anhang 2

- neu ¹Der gesamtschweizerische Höchstbestand der Saisonniers, der zu keinem Zeitpunkt überschritten werden soll, wird auf 110'000 festgesetzt.
- neu ²Die Höchstzahlen der Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen, die von jedem Kanton sowie aufgrund von Verfügungen des BIGA an Saisonniers erteilt werden können, werden wie folgt festgesetzt:
- neu a. Kantonale Höchstzahlen
- | | | | |
|-------------|--------|-----------------|--------|
| Zürich | 15'436 | Schaffhausen | 763 |
| Bern | 14'821 | Appenzell A.Rh. | 961 |
| Luzern | 5'444 | Appenzell I.Rh. | 338 |
| Uri | 1'387 | St. Gallen | 6'754 |
| Schwyz | 2'318 | Graubünden | 24'780 |
| Obwalden | 1'565 | Aargau | 5'365 |
| Nidwalden | 1'047 | Thurgau | 2'994 |
| Glarus | 1'125 | Tessin | 8'915 |
| Zug | 1'415 | Waadt | 12'272 |
| Freiburg | 1'940 | Wallis | 14'333 |
| Solothurn | 2'238 | Neuenburg | 1'889 |
| Basel-Stadt | 2'719 | Genf | 8'087 |
| Baselland | 2'366 | Jura | 946 |
- neu b. Höchstzahl für die Verfügungen des BIGA: 9'000.
- ³Die Höchstzahlen gelten für die Zeit vom 1. November 1983 bis 31. Oktober 1984.
- ⁴Bewilligungen an Saisonniers, die nach dem 31. Oktober 1983 einreisen, sind an die Höchstzahlen für 1983/84 anzurechnen, auch wenn die Gesuche schon früher eingereicht und behandelt werden.

Anhang 3

neu ¹Die Höchstzahlen der Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen, die von jedem Kanton an Praktikanten, Au-pair-Mädchen und andere Ausländer, die sich für eine kurzfristige Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten, sowie aufgrund von Verfügungen des BIGA an Kurzaufenthalter erteilt werden können, werden wie folgt festgesetzt:

neu a. Kantonale Höchstzahlen

Zürich	629	Schaffhausen	47
Bern	376	Appenzell A.Rh.	27
Luzern	137	Appenzell I.Rh.	6
Uri	14	St. Gallen	181
Schwyz	47	Graubünden	94
Obwalden	11	Aargau	214
Nidwalden	11	Thurgau	116
Glarus	27	Tessin	164
Zug	40	Waadt	333
Freiburg	78	Wallis	103
Solothurn	121	Neuenburg	119
Basel-Stadt	205	Genf	248
Baselland	119	Jura	33

b. Höchstzahl für die Verfügungen des BIGA: 7'500.

²Die Höchstzahlen gelten für die Zeit vom 1. November 1983 bis 31. Oktober 1984.

³Die durch die Aenderung vom 27. April 1983¹⁾ der Verordnung des Bundesrates festgesetzten, aber noch nicht ausgeschöpften Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen an Kurzaufenthalter verfallen am 31. Oktober 1983.

1) RS 142.20

1) AS 1983 460

Ordonnance

limitant le nombre des étrangers

qui exercent une activité lucrative

du

Le Conseil fédéral suisse,

vu les articles 3, 2^e alinéa, 16, 18, 4^e alinéa, et 25 de la loi fédérale du 26 mars 1931¹⁾ sur le séjour et l'établissement des étrangers,

arrête:

Section 1: But et champ d'application

Article premier Principe

¹ Il y a lieu de rechercher un rapport équilibré entre l'effectif de la population suisse et celui de la population étrangère résidante; à cet effet, le nombre des autorisations initiales délivrées aux étrangers qui exercent une activité lucrative doit être limité. Les mesures de limitation doivent, en particulier, tendre à améliorer qualitativement la structure du marché du travail et contribuer à ce que la situation de l'emploi soit aussi équilibrée que possible.

1) RS 142.20

²Le nombre des saisonniers sera également limité de manière effective.

³Les dispositions ci-après s'appliquent à l'admission des travailleurs étrangers occupés dans des entreprises et des administrations publiques ou privées, ainsi qu'à celle des étrangers exerçant une activité lucrative à titre indépendant.

Art. 2 Personnes non soumises aux mesures de limitation

La présente ordonnance ne s'applique pas:

- a. Aux étrangers qui ont épousé une Suisseuse, ainsi qu'aux enfants étrangers d'un Suisse ou d'une Suisseuse;
- b. Aux ressortissants du Liechtenstein qui peuvent faire valoir le droit à une autorisation;
- c. Aux réfugiés et aux apatrides reconnus tels par l'Office fédéral de la police;
- d. Aux étrangers devenus invalides en Suisse, lorsque la continuation de leur activité n'est plus possible ou ne peut être exigée d'eux;
- e. Aux fonctionnaires d'administrations étrangères qui accomplissent leur service en Suisse ainsi qu'à d'autres personnes qui ne sont pas soumises aux mesures de limitation en vertu d'un arrêté spécial du Conseil fédéral;
- nouveau f. Aux correspondants de journaux, de périodiques, d'agences de presse et d'information, de radio et de télévision ayant leur siège à l'étranger, qui exercent leur activité journalistique à plein temps et qui sont accrédités auprès du Département fédéral des affaires étrangères ou de l'Office des Nations Unies à Genève.

Art. 3 Exceptions aux mesures de limitation

¹Sous réserve des articles 21, 22 et 24, ne sont pas soumis aux mesures de limitation :

- nouveau
- a. Le conjoint étranger et les enfants d'une personne bénéficiant d'une autorisation de séjour à l'année qui ont reçu une autorisation de séjour en vertu des dispositions réglant le regroupement familial;
 - b. Les personnes ci-après, ainsi que leurs conjoints et enfants pour autant qu'ils vivent en ménage commun, s'ils exercent une activité lucrative pour laquelle une autorisation de la police des étrangers est nécessaire :
 1. Les membres de missions diplomatiques et de postes consulaires;
 2. Les fonctionnaires d'organisations internationales ayant leur siège en Suisse, qui sont en possession d'une carte d'identité délivrée par le Département fédéral des affaires étrangères.
 3. Le personnel appelé par ces organisations internationales ou occupé par elles en qualité d'interprètes de conférence et qui est en possession d'une attestation délivrée par le Département fédéral des affaires étrangères.
 - c. Les étrangers bénéficiant d'une autorisation de séjour de courte durée ne dépassant pas au total huit mois par année civile, qui veulent exercer une activité en qualité de :
 1. Artistes tels que musiciens, peintres, sculpteurs, modelleurs, écrivains, acteurs de cinéma et de théâtre, régisseurs, fantaisistes;
 2. Personnes présentant un numéro artistique dans un cirque ou un théâtre de variétés;

3. Danseurs se produisant dans un spectacle à caractère musical et artistique;

nouveau d. Les étrangers qui n'exercent une activité lucrative en Suisse que durant trois mois au maximum par année civile, lorsque

1. La durée et le but de leur séjour sont fixés à l'avance;

2. Ils ne remplacent aucun étranger engagé dans la même entreprise en vertu de cette disposition (rotation).

nouveau e. Les saisonniers qui obtiennent, avec l'approbation de l'Office fédéral des étrangers, une autorisation à l'année conformément aux dispositions réglant la transformation d'autorisations saisonnières;

nouveau f. Les étrangers qui obtiennent, avec l'approbation de l'Office fédéral des étrangers, une autorisation à l'année dans un cas de rigueur personnel ou en raison de considérations de politique générale;

g. Les étrangers qui sont envoyés provisoirement à l'étranger par leur employeur pour une durée de deux ans au maximum, si, après entente avec l'office du travail compétent, la police cantonale des étrangers leur a délivré, avant le départ, une assurance leur permettant de revenir en Suisse; en cas de prolongation du séjour à l'étranger, le retour en Suisse ne pourra être admis sans imputation sur les nombres maximums que par décision de l'Office fédéral des étrangers en accord avec l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (ci-après OFIAMT);

h. Les étrangers qui interrompent leur séjour au plus tôt deux mois avant d'accomplir leur service militaire, s'ils reviennent en Suisse dans les deux mois qui suivent la fin de leurs obligations militaires;

nouveau i. Les étrangers qui n'exercent pas d'activité lucrative mais qui travaillent à temps partiel au maximum durant six heures par semaine;

k. Les étudiants et élèves étrangers immatriculés dans des écoles supérieures en Suisse, qui, pendant leurs études, accomplissent un travail rémunéré, si la direction de l'école atteste que cette activité est compatible avec le programme scolaire et que la durée des études n'en sera pas prolongée;

l. Les élèves des établissements d'enseignement supérieur et ceux des écoles professionnelles ou des écoles de métiers qui, en Suisse, dispensent un enseignement essentiellement théorique à plein temps mais comprenant aussi une activité pratique, lorsque le stage ne représente qu'une part d'une importance secondaire de la formation complète;

m. Les étrangers qui sont autorisés à exercer une activité lucrative temporaire durant le temps que dure la procédure pour l'obtention de l'asile;

n. Les ressortissants du Liechtenstein qui ne peuvent pas faire valoir de droit à une autorisation.

²Hormis les articles 17, 21, 22 et 24, les frontaliers ne tombent pas sous le coup de la présente ordonnance.

Section 2: Autorisation de séjour pour les étrangers exerçant
une activité lucrative à l'année

Art. 4 Limitation de l'admission

Les dispositions limitant l'admission des étrangers qui exercent une activité lucrative à l'année s'appliquent:

- a. A ceux qui viennent de l'étranger;
- b. Aux saisonniers qui demandent une autorisation de séjour à l'année sans que les conditions pour une transformation au sens de l'article 3, 1^{er} alinéa, lettre e soient remplies;
- c. Aux étrangers résidant en Suisse sans exercer une activité lucrative, qui demandent une autorisation à l'année en vue d'exercer une activité lucrative;
- d. Aux détenteurs d'une carte d'identité ou d'une attestation délivrée par le Département fédéral des affaires étrangères, qui renoncent à leur statut spécial et demandent une autorisation à l'année pour l'exercice d'une autre activité lucrative;
- e. Aux étrangers qui ont été autorisés à exercer une activité de courte durée et qui désirent prolonger leur séjour en Suisse au-delà du délai fixé ou qui envisagent d'exercer une autre activité lucrative;
- f. Aux étrangers qui ont été exemptés des mesures de limitation pour des motifs bien déterminés et qui envisagent d'exercer une autre activité lucrative.

Art. 5 Nombres maximums s'appliquant aux étrangers qui exercent une activité lucrative à l'année

¹Les cantons ne peuvent accorder des autorisations initiales de séjour à l'année aux étrangers qui sont soumis aux mesures de limitation que jusqu'à concurrence des nombres maximums fixés dans l'appendice 1.

²Lorsque la situation économique l'exige, le Conseil fédéral peut, après avoir entendu les cantons et les milieux économiques, décider de bloquer totalement ou en partie les contingents cantonaux.

³Les étrangers qui exercent une activité lucrative en vertu d'une première autorisation à l'année, sont imputés, s'ils travaillent dans un autre canton que celui de leur domicile, sur le nombre maximum imparti au canton qui accorde son assentiment en vertu de l'article 8 de la loi fédérale du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers.

⁴Des autorisations de séjour initiales ne peuvent être accordées en sus de ces nombres à des étrangers exerçant une activité lucrative à l'année qu'en vertu de décisions de l'OFIAMT.

Art. 6 Délivrance des autorisations de séjour par les cantons

¹Les cantons peuvent édicter des prescriptions sur la procédure à suivre en matière d'octroi d'autorisations de séjour et, notamment, constituer des commissions d'experts appelées à se prononcer du point de vue économique sur les demandes de nouvelles autorisations de séjour.

²En répartissant leur contingent, les cantons doivent tenir compte en premier lieu des besoins les plus urgents dans les domaines de la santé publique, de l'instruction, de l'agriculture et de la sylviculture.

Art. 7 Autorisations supplémentaires de séjour à l'année
accordées en vertu de décisions de l'OFIAMT

nouveau ¹ Les autorisations de séjour qui sont accordées sur décision de l'OFIAMT (appendice 1, 1er al., let. b) ne sont pas imputables sur les nombres maximums dont disposent les cantons pour les étrangers exerçant une activité lucrative à l'année. Elles peuvent être délivrées dans les cas suivants :

- a. Il s'agit d'administrations ou d'entreprises de la Confédération;
- b. Il s'agit, dans des cas exceptionnels, de remédier à des situations particulièrement graves et d'une importance inhabituelle pour des cantons qui n'occupent pas de main-d'oeuvre frontalière, ne disposent que d'un contingent très restreint ou n'ont qu'une proportion particulièrement faible d'étrangers;
- c. Il s'agit d'atténuer des inégalités régionales, surtout dans des régions à faible développement ou dans des cantons dont la structure économique est particulièrement vulnérable;
- d. Il s'agit d'intérêts économiques majeurs touchant plusieurs cantons ou de tâches d'importance nationale;
- e. Il s'agit de personnel dirigeant, de spécialistes ou de personnes occupant une position clé dans une entreprise, s'il est prouvé que leur séjour en Suisse sert à la création ou au maintien d'emplois destinés à un nombre important de travailleurs indigènes;

- f. Les étrangers demandés sont indispensables à la recherche scientifique en Suisse;
- g. Il s'agit de travailleurs dont la présence est nécessaire toute l'année pour l'exécution de travaux publics urgents d'une importance nationale ou d'une grande importance régionale;
- nouveau h. Il s'agit d'étrangers hautement qualifiés dont le séjour temporaire en Suisse est indispensable à l'élaboration d'un projet important et concret ou à l'exécution d'un mandat inhabituel;
- i. Il s'agit de personnel dirigeant ou de spécialistes demandés par des entreprises dont l'activité se développe essentiellement sur le plan international, qui se préparent à assumer une position clé dans une entreprise à l'étranger;
- k. L'admission est opportune pour des raisons de réciprocité;
- l. Il s'agit d'organisations internationales non gouvernementales qui ont des objectifs religieux ou d'utilité publique ou représentent les intérêts d'organisations d'employeurs ou de travailleurs;
- m. Il s'agit d'ecclésiastiques;
- n. Il s'agit d'artistes (musiciens, acteurs, artistes de variétés, etc.) en possession d'un engagement à l'année;
- o. Il s'agit d'étrangers dont la présence est indispensable lors de l'implantation ou d'un agrandissement substantiel d'entreprises d'une grande importance sur le plan cantonal ou régional;

p. Il s'agit de ressortissants de pays en développement qui, en vertu d'un programme de coopération au développement, viennent acquérir une formation professionnelle, définie d'avance et qui porte, en règle générale, sur plusieurs années, à condition qu'ils utilisent par la suite les connaissances acquises dans leur pays d'origine;

²Des autorisations de séjour non imputables sur les nombres maximums des cantons peuvent également être accordées lorsque plusieurs des conditions énumérées dans les diverses dispositions figurant au premier alinéa se trouvent remplies de manière qu'une imputation sur le contingent fédéral se justifie.

Section 3: Autorisations de séjour de courte durée

Art. 8 Etrangers effectuant un stage pratique, jeunes filles au pair et autres étrangers exerçant en Suisse une activité lucrative de courte durée

¹Les cantons peuvent délivrer des autorisations de séjour à des étrangers qui effectuent un stage pratique, à des jeunes filles au pair et à d'autres étrangers exerçant en Suisse une activité lucrative de courte durée, jusqu'à concurrence des nombres maximums fixés dans l'appendice 3.

²Les autorisations pour les jeunes filles au pair peuvent être délivrées pour douze mois, celles qui sont destinées aux autres étrangers pour six mois au plus.

Art. 9 Autorisations de séjour supplémentaires de courte durée accordées en vertu de décisions de l'OFIAMT

¹Des autorisations de séjour destinées au perfectionnement de connaissances professionnelles peuvent être délivrées sur décision de l'OFIAMT pour douze mois au plus:

- a. A des étrangers ayant une formation professionnelle ou un diplôme de maturité et quelques années de pratique, s'ils sont appelés sitôt après à travailler à l'étranger dans une succursale ou une filiale de l'entreprise ou chez le bénéficiaire d'une licence accordée par une telle entreprise;
- b. Aux travailleurs qui, dans des entreprises établies en Suisse, doivent être préparés à des tâches techniques et administratives qu'ils devront ensuite assumer à l'étranger;
- c. A des universitaires qui sont à un stade avancé de leurs études ou qui les ont terminées à condition que le stage pratique fasse partie intégrante de la formation;
- d. Aux élèves d'écoles professionnelles supérieures à condition que le stage fasse partie intégrante de la formation ainsi qu'aux travailleurs qualifiés placés par une association professionnelle dans une entreprise où ils viennent parfaire leurs connaissances;
- e. Aux boursiers et stagiaires de pays en développement qui doivent parfaire leurs connaissances professionnelles dans une entreprise selon des programmes de coopération au développement réalisés par la coopération technique;
- f. Aux boursiers d'organisations internationales gouvernementales ou non gouvernementales qui viennent effectuer un stage de formation en Suisse;
- g. Aux étrangers ayant une formation professionnelle, qui doivent venir travailler au siège d'une organisation internationale non gouvernementale au sens de l'article 7, 1er alinéa, lettre 1, en vue d'acquérir des connaissances spécifiques en rapport avec les fonctions qu'ils assumeront à l'étranger dans le cadre de l'activité de l'organisation;

h. Aux stagiaires qui désirent travailler dans une entreprise en vertu d'arrangements relatifs à l'échange de stagiaires avec l'étranger ou d'arrangements administratifs internationaux;

i. Aux personnes ayant plusieurs années de pratique, si leur activité lucrative est liée à un programme de formation ou de perfectionnement professionnel.

² Sur décision de l'OFIAMT, des autorisations de séjour peuvent être accordées pour douze mois au plus, aux équipes de montage et de construction d'entreprises ayant leur siège à l'étranger qui ne disposent pas de succursale, de filiale ou de bénéficiaire de licence en Suisse, lorsque ces équipes exécutent certains travaux préalablement définis et d'une durée limitée.

³ Sur décision de l'OFIAMT, des autorisations de séjour peuvent être délivrées pour douze mois au plus, à du personnel spécialisé employé par des entreprises dont l'activité se développe essentiellement sur le plan international, par des établissements étrangers d'enseignement supérieur ou par des instituts de recherche scientifique lorsque ce personnel est chargé d'exécuter en Suisse des mandats préalablement définis.

nouveau ⁴ L'OFIAMT peut prendre des décisions conformément aux 1^{er}, 2^e et 3^e alinéas; il s'en tiendra en l'occurrence au nombre maximum fixé dans l'appendice 3, 1^{er} alinéa, lettre b.

nouveau ⁵ Une autorisation accordée en vertu du 1^{er} alinéa, lettres a à g, ainsi que du 2^{ème} ou 3^{ème} alinéa ne pourra, à titre exceptionnel, être prolongée de six mois au plus qu'en vertu d'une nouvelle décision de l'OFIAMT imputée sur le nombre maximum fixé à l'appendice 3, 1^{er} alinéa, lettre b; les prolongations d'autorisations accordées en vertu du 1^{er} alinéa,

lettre h, sur décision de l'OFIAMT, ne sont pas imputées sur ce nombre.

⁶Un étranger ne peut obtenir qu'une seule fois une autorisation de séjour selon le 1^{er} alinéa.

Section 4: Autorisations de séjour pour les saisonniers

Art. 10 Nombres maximums fixés pour les saisonniers

¹Le Conseil fédéral détermine chaque année l'effectif de saisonniers qui ne doit pas être dépassé pour l'ensemble de la Suisse.

²Il fixe à cet effet le nombre maximum de saisonniers pouvant être admis par chaque canton; ce nombre maximum est valable pour une année.

³Les autorités de police des étrangers ne peuvent accorder des assurances d'autorisations de séjour et des autorisations d'entrée à des saisonniers que dans les limites des nombres maximums fixés dans l'appendice 2.

⁴Si la situation économique l'exige, le Conseil fédéral peut, après avoir entendu les cantons et les milieux économiques, décider de bloquer totalement ou en partie les contingents cantonaux réservés à l'admission des saisonniers.

Art. 11 Conditions attachées à la délivrance des autorisations saisonnières

¹Dans les limites des nombres maximums fixés par le Conseil fédéral pour l'admission de saisonniers, des autorisations saisonnières ne peuvent être délivrées que si:

a. Il s'agit d'une entreprise qui a un caractère saisonnier;

b. L'étranger en faveur duquel une autorisation est demandée, exercera dans cette entreprise une véritable activité saisonnière;

c. L'étranger en faveur duquel une autorisation est demandée, est protégé de manière convenable contre les suites d'un licenciement prématuré pour des raisons économiques.

² Des autorisations saisonnières ne seront délivrées que pour la durée de la saison, mais au maximum pour neuf mois; les périodes d'activité accomplies chez plusieurs employeurs seront additionnées.

nouveau ³ L'autorisation saisonnière ne sera pas prolongée au-delà de neuf mois et le séjour du saisonnier à l'étranger devra durer au moins trois mois au total dans le courant d'une année.

Art. 12 Date limite d'arrivée en Suisse des saisonniers de l'industrie de la construction

nouveau ¹ Les saisonniers de l'industrie de la construction ne sont autorisés à entrer pour prendre un emploi qu'à partir du 9 mars. L'Office fédéral de la santé publique et l'Office fédéral des étrangers prennent des mesures pour assurer le bon fonctionnement du contrôle sanitaire de frontière.

² S'il existe des besoins urgents d'importance nationale ou de grande importance régionale et s'il s'agit de cas spéciaux, les saisonniers mentionnés au 1^{er} alinéa pourront, sur décision de l'OFIAMT, être autorisés à prendre leur emploi avant le 9 mars.

Art. 13 Autorisations saisonnières supplémentaires accordées en vertu de décisions de l'OFIAMT

Les assurances d'autorisation qui peuvent être accordées en vertu de décisions de l'OFIAMT ne sont pas imputables sur les nombres maximums dont les cantons peuvent disposer pour l'admission de saisonniers (appendice 2, 2^e alinéa, let. b). Ces assurances d'autorisation peuvent être délivrées dans les cas suivants :

- a. Il s'agit d'entreprises de construction dont l'activité s'étend à plusieurs cantons, surtout lorsqu'elles disposaient auparavant d'un effectif global;
- b. Il s'agit de l'accomplissement de tâches d'intérêt national;
- c. IL s'agit d'atténuer des inégalités régionales, avant tout dans des cantons qui ne disposent que d'un contingent spécialement restreint ou dont la structure économique présente des caractères particuliers.

Section 5: Changement de place, de profession ou de canton

Art. 14 Changement de place

¹En règle générale, il ne sera pas accordé d'autorisation de changer de place aux étrangers exerçant une activité lucrative à l'année pendant la première année de séjour, ni aux saisonniers pendant la saison.

²Des exceptions peuvent être admises, après examen des cas par l'office du travail compétent (art. 21, 4^e al.):

- a. Lorsque, pour des étrangers exerçant une activité lucrative à l'année, le contrat de travail a été conclu pour une brève durée ou qu'il ressort de la nature des

rapports de service que la durée de l'engagement doit être brève et, pour les saisonniers, lorsque le changement de place est compatible avec les obligations contractuelles que les lient à l'employeur, ainsi qu'avec les dispositions du droit suisse relatif au contrat de travail;

- b. Lorsque le contrat de travail a été résilié d'un commun accord par l'employeur et le travailleur;
- c. Lorsque le travailleur a reçu son congé pour des motifs indépendants de sa personne;
- d. Lorsque le contrat de travail est résilié pour de justes motifs en vertu de l'article 337 du code des obligations¹⁾.

³Après un séjour d'une année, régulier et ininterrompu, le changement de place sera autorisé lorsque le contrat de travail a été régulièrement résilié et que rien ne s'oppose à la nouvelle prise d'emploi selon les prescriptions fédérales.

Art. 15 Changement de profession

¹Après examen par l'office du travail compétent (art. 21, 4^e al.), les étrangers exerçant une activité lucrative à l'année seront autorisés à changer de profession après une année de séjour ininterrompu si les conditions dont dépend le changement de place sont remplies.

²En règle générale, pendant la saison, il ne sera pas accordé d'autorisation de changer de profession aux saisonniers.

1) RS 220

³ Des exceptions seront consenties lorsque les conditions requises pour le changement de place sont remplies et que de graves raisons personnelles paraissent devoir empêcher la poursuite de l'activité professionnelle exercée jusqu'alors.

⁴ Sous réserve de l'article 4 lettre f, les étrangers qui veulent exercer, dans l'entreprise où ils sont occupés, une activité autre que celle qui a été autorisée n'ont pas besoin d'une autorisation à cet effet.

Art. 16 Changement de canton

¹ Après examen par l'office du travail compétent (art. 21, 4^e al.), une autorisation de changer de canton liée à un changement de place sera accordée aux étrangers exerçant une activité lucrative à l'année après une année de séjour ininterrompu si les conditions dont dépend le changement de place sont remplies.

² En règle générale, l'autorisation de changer de canton en liaison avec un changement de place ne sera pas accordée aux saisonniers pendant la saison.

³ Des exceptions pourront être consenties lorsque de graves motifs personnels font paraître trop rigoureux le refus d'autoriser le changement de canton et que le canton où résidait l'étranger donne son assentiment.

Section 6: Autorisations frontalières

Art. 17

¹ Les frontaliers qui veulent exercer une activité lucrative doivent requérir un permis de travail pour frontaliers (autorisation frontalière).

²Des autorisations frontalières ne peuvent être délivrées à de nouveaux frontaliers que s'ils sont domiciliés régulièrement depuis au moins six mois dans la zone frontalière voisine.

³Les frontaliers ne peuvent exercer une activité lucrative que dans la zone frontalière et doivent retourner chaque jour à leur domicile dans la zone frontalière voisine.

⁴Les cantons veillent au respect de ces dispositions.

Section 7: Exécution et compétence

Art. 18 Compétences des autorités fédérales

¹L'Office fédéral des étrangers est compétent en matière de:

a. Décisions relatives à l'assujettissement à l'ordonnance du Conseil fédéral conformément à l'article 2 et aux mesures de limitation conformément à l'article 3;

b. Contrôle des autorisations cantonales conformément à l'article 19;

c. Contrôle des autorisations saisonnières conformément aux articles 11 et 12;

nouveau d. Approbation de l'octroi des autorisations à l'année conformément à l'article 3, 1^{er} alinéa, lettres e et f.

²L'OFIAMT est compétent:

a. En matière de décisions relatives à:

1. La délivrance d'autorisations de séjour à l'année sans imputation sur les nombres maximums fixés pour les cantons, conformément à l'article 7;
 2. La délivrance d'autorisations de séjour de courte durée conformément à l'article 9;
 3. La délivrance d'autorisations saisonnières sans imputation sur les nombres maximums fixés pour les cantons, conformément à l'article 13;
 4. La délivrance d'autorisations pour l'entrée anticipée de saisonniers de la construction, conformément à l'article 12, 2^e alinéa;
- b. En matière de décisions relatives à l'emploi de saisonniers, conformément à l'article 19, 1^{er} alinéa, lettre e.

Art. 19 Contrôle par l'Office fédéral des étrangers

¹Seront soumises au contrôle de l'Office fédéral des étrangers:

- a. Les assurances d'autorisation de séjour et les autorisations d'entrée accordées aux étrangers qui viennent exercer pour la première fois une activité lucrative à l'année en Suisse;
- b. Les autorisations de séjour accordées en vue de l'exercice d'une activité lucrative à des étrangers résidant déjà en Suisse mais sans exercer d'activité lucrative;
- c. Les autorisations à l'année accordées pour la première fois en vue de l'exercice d'une activité lucrative aux détenteurs d'une carte d'identité ou d'une attestation délivrée par le Département fédéral des affaires étrangères,

qui ne bénéficient plus de leur statut spécial mais qui ont l'intention de prendre une activité lucrative ou d'en exercer une autre;

- d. Les autorisations de séjour accordées à des étrangers qui exercent déjà une activité lucrative en Suisse, conformément à l'article 4, lettres b, e et f;
- e. Les assurances d'autorisation de séjour et les autorisations d'entrée accordées à des saisonniers; en cas de doute sérieux, l'OFIAMT décide si les conditions permettant l'emploi de saisonniers sont remplies, conformément à l'article 11.

²L'Office fédéral des étrangers statue sur les dérogations qui peuvent être consenties à l'obligation de contrôle selon le 1^{er} alinéa.

³Il appose immédiatement un timbre de contrôle sur ces autorisations.

⁴Le timbre de contrôle ne peut être apposé sur les autorisations à imputer sur les nombres maximums des cantons qu'aussi longtemps que ces nombres ne sont pas atteints.

⁵Les autorisations non munies du timbre de contrôle sont nulles, sous réserve du 2^e alinéa.

⁶L'approbation de l'Office fédéral des étrangers est réservée en ce qui concerne les motifs qui ne sont pas d'ordre économique.

Art. 20 Procédure relative aux décisions de l'OFIAMT

¹Sous réserve de directives spéciales, les demandes selon les articles 7, 9, 1^{er}, 2^e, 3^e et 5^e alinéas, 12, 2^e alinéa

et 13 seront présentées à l'office du travail compétent qui les soumettra à l'OFIAMT en y joignant une proposition motivée.

²Les décisions de l'OFIAMT seront communiquées directement au requérant, à l'office du travail compétent et à la police cantonale des étrangers; une copie en sera remise à l'Office fédéral des étrangers.

³Même lorsque l'OFIAMT a décidé qu'il peut être donné suite à la demande, les autorités de police des étrangers peuvent refuser l'autorisation de séjour si des motifs autres qu'économiques l'exigent.

⁴L'Office fédéral des étrangers appose sans autre formalité le timbre de contrôle sur les autorisations délivrées conformément aux décisions de l'OFIAMT et, lorsqu'il en a la compétence, donne l'autorisation d'entrée, l'assurance d'autorisation de séjour ou son approbation, à moins qu'un refus ne s'impose pour des raisons autres qu'économiques.

⁵En règle générale, la validité des décisions positives de l'OFIAMT, relatives aux autorisations de séjour à l'année, est limitée à six mois.

Art. 21 Prescriptions concernant le marché du travail

¹L'autorisation ne peut être accordée pour une première prise d'emploi, pour un changement de place ou de profession ou pour une prolongation de séjour que si l'employeur ne trouve pour le poste concerné aucun travailleur indigène qui soit désireux et capable d'accomplir le travail en question aux conditions de rémunération et de travail en

usage dans la localité et la profession; sont considérés comme des travailleurs indigènes, les Suisses et les étrangers qui sont au bénéfice de l'établissement. Il en va de même des catégories de personnes désignées à l'article 2, ainsi que des jeunes étrangers qui sont entrés en Suisse avec leurs parents, qui y ont fréquenté les écoles et qui entendent commencer un apprentissage.

²Lors de la présentation de demandes pour une première prise d'emploi, on examinera non seulement si le marché de l'emploi indigène est épuisé mais également si des étrangers sous contrôle se trouvant déjà en Suisse et cherchant un emploi sont disponibles sur le marché du travail.

³En outre, l'autorisation ne peut être accordée que si l'étranger est traité sur le même pied que les Suisses pour ce qui a trait aux conditions de rémunération et de travail en usage dans la localité et la profession et que s'il peut occuper un appartement disponible répondant aux exigences de la police des constructions, du feu et de l'hygiène.

nouveau Par ailleurs, les autorisations relatives à une première prise d'emploi ne seront accordées que si celui qui assume le paiement des frais de transport est désigné par écrit. En règle générale, l'employeur doit prendre en charge les frais du voyage d'entrée.

⁴Chaque demande de prise d'emploi, de changement de profession ou de place ou de prolongation de séjour doit être soumise à l'office du travail compétent qui l'examinera sous l'angle de l'intérêt économique et des prescriptions du marché du nouveau travail. L'employeur peut être tenu de fournir un contrat de travail écrit et détaillé.

Art. 22 Obligation des employeurs de renseigner les
autorités

¹L'employeur qui présente une demande d'autorisation de séjour pour un travailleur entrant pour la première fois en Suisse doit permettre aux autorités fédérales et cantonales, si elles l'exigent, de consulter ses livres et sa correspondance.

²Les autorités peuvent, avec l'assentiment du requérant et à ses frais, charger des experts de procéder aux enquêtes nécessaires.

Art. 23 Relevés statistiques

¹Les autorités cantonales compétentes fournissent à l'Office fédéral des étrangers et à l'OFIAMT, en ce qui concerne les étrangers exerçant ou non une activité lucrative, les données statistiques requises par l'application de la présente ordonnance et par son contrôle.

²Les cantons imposent aux communes l'obligation de tenir constamment à jour leurs registres d'étrangers.

³Le Département fédéral de justice et police et le Département fédéral de l'économie publique sont habilités à édicter des prescriptions plus circonstanciées sur la procédure d'établissement des relevés statistiques, à fixer notamment certaines exigences minimums pour le contrôle et la tenue du registre des étrangers, et à prescrire des formules uniformes.

Art. 24 Dispositions pénales et mesures administratives

¹Les infractions aux dispositions de la présente ordonnance sont punissables conformément à l'article 23 de la loi

fédérale du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers.

²Indépendamment de la procédure pénale, les demandes de prolongation d'autorisation ou d'admission en faveur de nouveaux travailleurs seront rejetées ou ne seront que partiellement acceptées lorsqu'elles seront présentées par des employeurs qui ont enfreint à plusieurs reprises ou gravement des prescriptions de police des étrangers.

³Les frais d'assistance et de rapatriement pour les étrangers qui ont été occupés sans autorisation seront à la charge de l'employeur. S'il ne s'acquitte pas de son obligation et si l'autorité compétente doit avancer la somme nécessaire pour couvrir les frais, elle pourra se retourner contre lui.

Art. 25 Assurances d'autorisation de séjour

La validité des assurances d'autorisation de séjour sera fixée à six semaines pour les autorisations saisonnières et, en principe, à trois mois pour les autorisations à l'année.

Art. 26 Recours

La procédure de recours est régie par les dispositions générales de la procédure fédérale. L'employeur a également le droit de recourir.

Section 8: Dispositions finales

Art. 27 Haute surveillance et exécution

Le Département fédéral de l'économie publique et le Département fédéral de justice et police exercent la haute surveillance sur l'exécution de la présente ordonnance et édictent les dispositions d'application nécessaires.

Art. 28 Abrogation du droit en vigueur jusqu'ici

¹L'ordonnance du Conseil fédéral du 22 octobre 1980 ¹⁾ limitant le nombre des étrangers qui exercent une activité lucrative est abrogée.

Art. 29 Disposition transitoire

Les autorités cantonales règlent les demandes en suspens d'après les dispositions de la présente ordonnance.

Art. 30 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le 1^{er} novembre 1983.

Schaffhouse	111	
Berne	751	
Appenzell AB.-Ext.	112	
Saint-Gall	361	
Schwyz	126	
Grisons	264	
Unterwald-le-Haut	34	
Argovie	428	
Unterwald-le-Bas	27	
Thurgovie	259	
Clarie	Au nom du Conseil fédéral suisse	
Zoug	78	
Vaud	666	
Fribourg	18	
Le président de la Confédération:		
Soleure	229	
Neuchâtel	289	
Bâle-Ville	269	
Genève	474	
Bâle-Campagne	29	
Le chancelier de la Confédération:		

b. Nombre maximum pour l'OFIANT: 3'000.

²Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

Berne, le

1) RO 1980 1574, 1981 1690, 1982 470 1884, 1983 460.

Appendice 1

nouveau ¹ Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour initiales qui peuvent être accordées par les cantons ainsi que sur décision de l'OFIAMT à des étrangers exerçant une activité lucrative à l'année sont fixés comme il suit :

nouveau a. Nombre maximum par canton:

Zurich	1'060	Schaffhouse	111
Berne	751	Appenzell Rh.-Ext.	112
Lucerne	281	Appenzell Rh.-Int.	21
Uri	34	Saint-Gall	363
Schwyz	126	Grisons	264
Unterwald-le-Haut	34	Argovie	428
Unterwald-le-Bas	27	Thurgovie	259
Glaris	68	Tessin	301
Zoug	78	Vaud	666
Fribourg	185	Valais	262
Soleure	229	Neuchâtel	289
Bâle-Ville	269	Genève	474
Bâle-Campagne	232	Jura	78

b. Nombre maximum pour l'OFIAMT: 3'000.

² Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

nouveau ³ S'ils ne sont pas encore épuisés, les nombres maximums libérés conformément à la modification de l'ordonnance du Conseil fédéral du 27 avril 1983¹⁾ et destinés à l'octroi d'autorisations de séjour à des travailleurs à l'année peuvent encore être utilisés jusqu'à concurrence de la moitié des nombres indiqués au 1^{er} alinéa.

Appendice 2

nouveau ¹L'effectif maximum des saisonniers est fixé à 110'000 pour toute la Suisse; cet effectif ne devra pas être dépassé.

nouveau ²Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour qui peuvent être accordées par chaque canton, ainsi que sur décision de l'OFIAMT à des saisonniers sont fixés comme il suit :

nouveau a. Nombre maximum par canton:

Zurich	15'436	Schaffhouse	763
Berne	14'821	Appenzell Rh.-Ext.	961
Lucerne	5'444	Appenzell Rh.-Int.	338
Uri	1'387	Saint-Gall	6'754
Schwyz	2'318	Grisons	24'780
Unterwald-le-Haut	1'565	Argovie	5'365
Unterwald-le-Bas	1'047	Thurgovie	2'994
Glaris	1'125	Tessin	8'915
Zoug	1'415	Vaud	12'272
Fribourg	1'940	Valais	14'333
Soleure	2'238	Neuchâtel	1'889
Bâle-Ville	2'719	Genève	8'087
Bâle-Campagne	2'366	Jura	946

nouveau b. Nombre maximum pour l'OFIAMT : 9'000.

³Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

⁴Les autorisations accordées à des saisonniers qui arrivent en Suisse après le 31 octobre 1983 sont imputées sur les nombres maximums de 1983/84, même si les demandes ont été présentées et traitées avant cette date.

PRESSEMITTEILUNG

Appendice 3nouveau

¹ Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour qui peuvent être accordées par les cantons ainsi que sur décision de l'OFIAMT à des étrangers qui viennent faire un stage pratique, aux jeunes filles au pair et aux autres étrangers exerçant en Suisse une activité lucrative de courte durée sont fixés comme il suit :

nouveaua. Nombre maximum par canton :

Zurich	629	Schaffhouse	47
Berne	376	Appenzell Rh.-Ext.	27
Lucerne	137	Appenzell Rh.-Int.	6
Uri	14	Saint-Gall	181
Schwyz	47	Grisons	94
Unterwald-le-Haut	11	Argovie	214
Unterwald-le-Bas	11	Thurgovie	116
Glaris	27	Tessin	164
Zoug	40	Vaud	333
Fribourg	78	Valais	103
Soleure	121	Neuchâtel	119
Bâle-Ville	205	Genève	248
Bâle-Campagne	119	Jura	33

b. Nombre maximum pour les décisions de l'OFIAMT : 7'500.

² Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

³ S'ils ne sont pas encore épuisés, les nombre maximums libérés conformément à la modification de l'ordonnance du Conseil fédéral du 27 avril 1983 ¹⁾ et destinés à l'octroi d'autorisations de courte durée ne pourront plus être utilisés après le 31 octobre 1983.

1) RO 1983, 460

PRESSEMITTEILUNGFremdarbeiterregelung 1983/84

Der Bundesrat hat die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer an die neusten Verhältnisse angepasst. Mit der Revision werden im wesentlichen folgende drei Ziele angestrebt: Erstens eine bessere, den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Verteilung der Höchstzahlen für die Einreise von Jahresaufenthaltern, Saisonniers und Kurzaufenthaltern an die einzelnen Kantone, zweitens eine Eindämmung der nicht-kontingentierte Einreisen durch eine Verschärfung gewisser Voraussetzungen und drittens eine Verbesserung der Verordnung in einigen materiellen, redaktionellen und formellen Punkten. Die revidierte Verordnung tritt am 1. November 1983 für ein Jahr in Kraft.

In der neuen Fremdarbeiterregelung hat der Bundesrat verschiedene, in der Vernehmlassung vorgebrachte Einwände und Vorschläge berücksichtigt. So werden im Sinne einer Uebergangslösung die kantonalen Höchstzahlen für Saisonniers bei den sechs Kantonen, welche die grössten Kontingentskürzungen in Kauf nehmen müssen, gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf erhöht, dies unter gleichzeitiger Herabsetzung des Bundeskontingentes. Ferner werden die Arbeitsmarktbehörden ermächtigt, bei Gesuchen für ausländische Arbeitskräfte einen schriftlichen Arbeitsvertrag zu verlangen. Zudem muss künftig schriftlich geregelt sein, wer die Reisekosten trägt. Mit diesen Massnahmen werden eine bessere rechtliche Absicherung des ausländischen Arbeitnehmers sowie eine erhöhte Wirksamkeit der arbeitsmarktlichen Vorschriften erreicht.

Obwohl eine Einschränkung der nicht-kontingentierte Einreisen in der Vernehmlassung eine breite Unterstützung gefunden hat, wird auf zwei umstrittene Neuerungen verzichtet: ausländische Kinder von Schweizern oder Schweizerinnen sowie Beamte ausländischer Verwaltungen sind weiterhin der Verordnung nicht unterstellt.

Die übrigen Vorschläge des Vernehmlassungsentwurfes sind definitiv übernommen worden. Es handelt sich im wesentlichen um die Möglichkeit, kurzfristige Bewilligungen für höchstens drei Monate auch Saisonbetrieben zu gewähren, um einen erweiterten Tatbestand beim Bundeskontingent für Jahresaufenthalter sowie um eine konsequente Beschränkung der Aufenthaltsdauer von Saisoniers auf höchstens neun Monate.

Auf den gleichen Zeitpunkt werden auch die Ausführungsverordnungen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes dem neusten Erfahrungsstand angepasst.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

PRESSEROSTOFF

COMMUNIQUE DE PRESSERéglementation de la main-d'oeuvre étrangère 1983/84

Le Conseil fédéral a adapté l'ordonnance limitant le nombre des étrangers qui exercent une activité lucrative à la situation actuelle. Ce faisant, il a poursuivi trois objectifs essentiels. Il s'est agi, en premier lieu, d'améliorer la répartition des nombres maximums pour les autorisations de séjour à l'année, saisonnières et de courte durée en tenant compte de l'évolution de la situation économique de chaque canton; en second lieu, d'obtenir une réduction du nombre des entrées non-contingentées en renforçant certaines dispositions d'admission; enfin d'améliorer l'ordonnance en procédant à quelques adaptations matérielles, rédactionnelles et formelles. L'ordonnance révisée entrera en vigueur le 1^{er} novembre 1983 et sera valable une année.

En arrêtant la nouvelle réglementation, le Conseil fédéral a tenu compte de diverses objections et suggestions recueillies lors de la procédure de consultation. Ainsi, il a été possible de trouver une solution transitoire pour les six cantons dont les nombres maximums pour l'admission de saisonniers auraient subi la plus forte compression : moyennant une réduction correspondante du contingent fédéral, leurs contingents ont été augmentés par rapport à ceux soumis en procédure de consultation. En outre, les autorités du marché du travail pourront exiger un contrat de travail écrit en cas de demandes visant l'admission de travailleurs étrangers. De plus, la question de la couverture des frais de voyage devra dorénavant être réglée par écrit. Ces mesures contribueront à garantir une

- 2 -

meilleure protection des travailleurs étrangers et à rendre plus efficaces les prescriptions relatives au marché du travail.

Bien que la proposition visant à limiter les entrées non-contingentées ait reçu un large appui lors de la consultation, on a renoncé à innover sur deux points controversés : les enfants étrangers de Suisses et de Suissesses ainsi que les fonctionnaires d'administrations étrangères continueront donc à ne pas être soumis aux mesures de limitation.

Les autres propositions énoncées dans la procédure de consultation ont été définitivement adoptées. Il s'agit principalement de la possibilité d'accorder des autorisations de trois mois au maximum également aux entreprises saisonnières, d'un élargissement d'une disposition relative au contingent fédéral des autorisations à l'année ainsi que d'une modification des dispositions visant à limiter fermement la durée du séjour des saisonniers à neuf mois au maximum.

Les ordonnances d'exécution du Département fédéral de l'économie publique et du Département fédéral de justice et police seront adaptées en conséquence et à la même date.

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ECONOMIE PUBLIQUE

DEPARTEMENT FEDERAL DE
JUSTICE ET POLICE

P R E S S E R O H S T O F F

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

Fremdarbeiterregelung 1983/84

Der Bundesrat hat wie jedes Jahr die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer an die neusten Verhältnisse angepasst. Mit der Revision werden im wesentlichen folgende drei Ziele angestrebt: Erstens eine bessere, den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Verteilung der Höchstzahlen für die Einreise von Jahresaufenthaltern, Saisoniers und Kurzaufenthaltern an die einzelnen Kantone, zweitens eine Eindämmung der nicht-kontingentierte Einreisen durch eine Verschärfung gewisser Voraussetzungen und drittens eine Verbesserung der Verordnung in einigen materiellen, redaktionellen und formellen Punkten. In der neuen, auf den 1. November 1983 in Kraft tretenden Fremdarbeiterregelung hat der Bundesrat verschiedene Einwände und Vorschläge des Vernehmlassungsverfahrens berücksichtigt. Auf den gleichen Zeitpunkt hin sind auch die Ausführungsverordnungen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes dem neusten Erfahrungsstand angepasst worden.

1. Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Am Vernehmlassungsverfahren beteiligten sich alle Kantone, Spitzenverbände und grösseren Parteien. Zusätzlich äusserten sich eine ganze Reihe interessierter Berufsverbände und Organisationen sowie verschiedene Frauengruppen.

Grundsätzlich wird die Zielrichtung des Entwurfes von der Mehrheit der vernehmlassenden Stellen gutgeheissen. Dies betrifft insbesondere die Massnahmen bei den nicht-kontingentierte Einreisen. Allerdings werden die einzelnen Vorschläge unterschiedlich beurteilt. Es ergeben sich folgende wesentliche Aspekte:

Die Neufestsetzung und Neuverteilung der kantonalen Höchstzahlen für Jahresaufenthalter findet im grossen und ganzen Zustimmung, wobei allerdings vor allem dem Einbezug der Grenzgänger in den Berechnungsmodus des neuen Verteilungsschlüssels teilweise Kritik erwächst. Während die meisten Grenzkantone ihre Unzufriedenheit über die Kürzung ihrer Kontingente bekunden, befürchten insbesondere die Arbeitnehmerverbände, dass durch die leichte Kontingentserhöhung der Binnenkantone zu Lasten der Grenzkantone die Gesamtzahl der Ausländer in der Schweiz anwachsen könnte.

Den neuen Verteilungsschlüssel für die kantonalen Saisonierskontingente verbunden mit einer linearen Kürzung der Gesamteinreisezahl um 5,2 Prozent befürwortet, teilweise mit Vorbehalten, ein Mehr der

Kantone. Negativ äussern sich hauptsächlich diejenigen Kantone, für welche sich eine besonders starke Kürzung ihres bisherigen Kontingentes ergibt. Die Arbeitnehmersverbände und einige Parteien treten generell für eine Gesamtreduktion der Saisonierseineren ein; demgegenüber sind vor allem die Arbeitgeberverbände der Auffassung, auf eine lineare Kürzung der Kontingente sei zu verzichten.

Was die Neuverteilung der Kurzaufenthalter angeht, sprechen sich die Kantone Zürich und Basel-Stadt besonders deutlich gegen eine Kürzung ihrer Kontingente aus. Der Schweizerische Gewerbeverband, die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Fremdenverkehrsverband plädieren für eine Erhöhung des Bundeskontingentes für Kurzaufenthalter.

Im Bereich der nicht-kontingentierte Einreisen sind es in erster Linie Artikel 2 Buchstaben a und e, gegen die zum Teil heftig opponiert wird. Im übrigen herrscht fast durchwegs die Meinung vor, dass zur Einschränkung der Einreisen ausserhalb des Begrenzungssystems strengere Massnahmen richtig sind.

Zu den übrigen Aenderungsvorschlägen lässt sich folgendes festhalten:

- Die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d zusätzlich vorgesehene Beschäftigungsmöglichkeit von ausländischen Arbeitskräften für höchstens drei Monate auch in Saisonbetrieben wird von den Kantonen und Arbeitgeberorganisationen beinahe ohne Gegenstimmen positiv aufgenommen, stösst aber bei den Ar-

beitnehmerverbänden, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Nationalen Aktion sowie vier weiteren Organisationen auf weniger Verständnis.

- Die Erweiterung von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h beim BIGA-Kontingent findet durchwegs gute Aufnahme.
- In ein paar wenigen Vernehmlassungen wird die Aufhebung der Regelung für "alte Saisonniers" als zu abrupt erachtet.
- Die übrigen mehr formellen und redaktionellen Anpassungen werden fast ausnahmslos befürwortet.

Aus einer Reihe von weiteren vorgebrachten Anliegen sei die mehrfach geäußerte Forderung herausgegriffen, die Arbeitgeber zu verpflichten, ihren Gesuchen für ausländische Arbeitskräfte einen schriftlichen Arbeitsvertrag beizulegen.

2. Die wesentlichen Punkte der neuen Verordnung

Gesamthaft zeigt die Auswertung der Vernehmlassung, dass die Stossrichtung der Neuregelung als richtig zu bezeichnen ist. Eine konsequente Weiterführung der bundesrätlichen Stabilisierungspolitik wird auf breiter Basis bejaht.

2.1. Jahresaufenthalterkontingente

Die Gesamtzahl der Höchstzahlen für die Einreise von Jahresaufenthaltern (kantonale Kontingente: 7'002; BIGA-Kontingent: 3'000) wird unverändert belassen. Geändert wird indessen die Verteilung auf die einzelnen Kantone, wobei an der im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagenen Lösung festgehalten worden ist. Der neue Verteilungsschlüssel entspricht den heutigen Gegebenheiten und den dringendsten Bedürfnissen in bestmöglicher Weise. Die stärkere Gewichtung der Binnenwanderung ausländischer Arbeitskräfte im Berechnungsmodus führt zu einem angemessenen Ausgleich zwischen Kantonen mit positivem und solchen mit negativem Wanderungssaldo. Der Einbezug der Grenzgänger entspricht einem Gebot der Gerechtigkeit gegenüber Kantonen, die von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen können. Der Umstand, dass die Verluste der einzelnen Kantone durch einen entsprechenden Zahlenfilter auf höchstens 9 Prozent gegenüber den bisherigen Kontingenten begrenzt werden, verhindert drastische Verschiebungen und führt zu einer verantwortbaren Neuverteilung der kantonalen Kontingente für Jahresaufenthalter.

Um gesamtschweizerisch eine einigermaßen ausgeglichene Ausgangslage zu schaffen, können die Kantone und das BIGA ausnahmsweise ihre Restkontingente aus der laufenden Kontingentsperiode nur bis höchstens zur Hälfte der neuen Höchstzahlen auf die nächste Kontingentsperiode übertragen. Die kantonsweisen Aenderungen sind im Anhang 1 zu finden.

2.2. Saisonnierskontingente

Ausgehend von einem weiterhin auf 110'000 Saison-
niers fixierten Höchstbestand, der auch im nächsten
Jahr nicht überschritten werden soll, ist eine ge-
samtschweizerische Kürzung der Zahl der Einreisen
von Saisonniers um ca. 5 Prozent unumgänglich. Ge-
genüber dem Vernehmlassungsentwurf sind die kanto-
nalen Höchstzahlen für Saisonniers bei sechs Kanto-
nen (Zürich, Uri, Nidwalden, Solothurn, Baselland,
Tessin), welche die grössten Kürzungen in Kauf neh-
men mussten, angemessen erhöht worden. Damit soll
der Uebergang zu niedrigeren Kontingenten erleich-
tert werden. Insgesamt werden 999 Bewilligungen auf
die sechs Kantone aufgeteilt, und zwar im Verhält-
nis zur Grösse ihrer Kontingente. Gleichzeitig wird
das BIGA-Kontingent von 10'000 auf 9'000 Bewilli-
gungen herabgesetzt.

Die Aenderungen im einzelnen sind aus Anhang 2 er-
sichtlich.

2.3. Kurzaufenthalterkontingente

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Kurzaufenthal-
ter sind, trotz des auch hier streng angewandten
Prioritätsanspruchs für einheimische Arbeitnehmer,
nach wie vor günstig. Diese Ausländerkategorie fällt
überfremdungspolitisch weniger ins Gewicht und ver-
hilft verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu erhöhter
Flexibilität.

Gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf ist der Vertei-
lungsschlüssel für die kantonalen Kurzaufenthalter-

kontingente in der Weise neu berechnet worden, dass kein Kanton eine Kürzung seines jetzigen Kontingentes um mehr als 9 Prozent in Kauf nehmen muss.

Die kantonsweisen Aenderungen sind im Anhang 3 zu finden.

2.4. Einschränkung der nicht-kontingentierte Einreisen

Obwohl die Vernehmlassung zeigte, dass der Bundesrat für einschränkende Massnahmen im Bereich der nicht-kontingentierte Einreisen mit Unterstützung auf breitester Ebene rechnen kann, sind gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf einzelne umstrittene Bestimmungen geändert worden.

Artikel 2 Buchstabe a

Der Vorschlag, ausländische Kinder von Schweizern und Schweizerinnen nur noch ausserhalb der Begrenzungsmassnahmen zuzulassen, wenn sie minderjährig sind und sich zusammen mit ihren Eltern in der Schweiz aufhalten, wird fallen gelassen. Damit bleibt die bisherige Regelung in Kraft.

Artikel 2 Buchstabe e

Beamte ausländischer Verwaltungen mit Dienstort in der Schweiz werden weiterhin von der Zulassungsbegrenzung ausgenommen.

Artikel 2 Buchstabe f

Um in der Praxis festgestellte Missbräuche zu verhindern, wird die Einreisemöglichkeit ausländischer Zeitungskorrespondenten ausserhalb der Kontingen-

tierung von präziseren Voraussetzungen abhängig gemacht.

Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und m

Der bisher nach Geschlechtern getrennt geregelte Familiennachzug wird unter einem Tatbestand zusammengefasst und dadurch der Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau untermauert.

In Ergänzung zu dieser Aenderung legt die Verordnung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes fest, dass nur noch ledigen Kindern unter 20 Jahren im Rahmen des Familiennachzuges von Ausländern die Einreise ausserhalb der Kontingentierung bewilligt werden kann.

3. Weitere Neuerungen und Anpassungen

3.1. Aufenthalte zur Erwerbstätigkeit für höchstens drei Monate

Die den Ausländern schon bisher offenstehende Möglichkeit einer nicht-kontingentierten Erwerbsaufnahme in der Schweiz für höchstens drei Monate wird erweitert und nicht mehr auf die Arbeit in einem Jahresbetrieb beschränkt. Auch Saisonbetriebe können somit künftig solche Ausländer für höchstens drei Monate beschäftigen. Diese Lösung wird nicht nur zu einer erhöhten Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch zur Milderung des Schwarzarbeiterproblems beitragen.

3.2. Erweiterter Tatbestand im Jahresaufenthalterkontingent des BIGA

Mit der Neufassung von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h wird es möglich sein, hochqualifizierte Fachleute, deren vorübergehender Aufenthalt in der Schweiz für ein wichtiges Projekt im Inland oder im Ausland unerlässlich ist, zu Lasten der BIGA-Höchstzahl für Jahresaufenthalter zu bewilligen.

3.3. Konsequente Durchsetzung der Aufenthaltsdauer von Saisoniers auf höchstens neun Monate

Seit Beginn der Globalplafonierung im Jahre 1973 dürfen sich Saisonarbeiter strikte nur für höchstens neun Monate in unserem Lande aufhalten. Ausnahmen wurden bisher allerdings für jene Saisoniers toleriert, die ohne Unterbruch seit 1972 in der Schweiz tätig waren. Diese Ausnahmeregelung ist nun, nach zehnjähriger Uebergangszeit, aufgehoben worden. Die wenigen sogenannten "alten" Saisonarbeiter sind somit künftig im Rahmen der übrigen durch die Verordnung gebotenen Möglichkeiten zur Einreise zuzulassen.

3.4. Schriftlicher Arbeitsvertrag / Regelung der Reisekosten

Zur besseren Absicherung des ausländischen Arbeitnehmers und zur erhöhten Wirksamkeit der arbeitsmarktlichen Vorschriften wird der Artikel 21 durch folgende zwei Zusätze ergänzt:

- Das zuständige Arbeitsamt kann vom Arbeitgeber zur Ueberprüfung der arbeitsmarktlichen Voraussetzungen einen ausführlichen schriftlichen Ar-

beitsvertrag verlangen (Artikel 21 Absatz 4).

- Bewilligungen zum erstmaligen Stellenantritt dürfen nur erteilt werden, wenn schriftlich geregelt ist, wer die Reisekosten trägt, wobei der Arbeitgeber in der Regel die Kosten für die Einreise übernimmt (Artikel 21 Absatz 3).

3.5. Formelle Anpassungen

Schliesslich enthält die angepasste Verordnung eine ganze Reihe von kleinen Aenderungen mehr formeller Natur, die sich aufgrund der bisherigen Praxis oder der vorgeschlagenen Neuerungen aufdrängen.

Beilagen:

Anhänge 1 - 3

JAHRESAUFENTHALTERKONTINGENTE

Kanton	bisher (1981/82) ¹⁾	neu (1983/84)	Aenderung absolut	in %
ZH	1'165	1'060	- 105	- 9.0
BE	689	751	62	9.0
LU	219	281	62	28.3
UR	32	34	2	6.3
SZ	118	126	8	6.8
OW	32	34	2	6.3
NW	25	27	2	8.0
GL	53	68	15	28.3
ZG	72	78	6	8.3
FR	155	185	30	19.4
SO	214	229	15	7.0
BS	296	269	- 27	- 9.1
BL	218	232	14	6.4
SH	103	111	8	7.8
AR	104	112	8	7.7
AI	20	21	1	5.0
SG	399	363	- 36	- 9.0
GR	290	264	- 26	- 9.0
AG	470	428	- 42	- 8.9
TG	238	259	21	8.8
TI	331	301	- 30	- 9.1
VD	695	666	- 29	- 4.2
VS	245	262	17	6.9
NE	226	289	63	27.9
GE	521	474	- 47	- 9.0
JU	72	78	6	8.3
Total	7'002	7'002	-	-
Bundes- kontingent	3'000	3'000		

1) im Kontingentsjahr 1982/83 wurden nur 75% der bisherigen Kontingente freigegeben.

SAISONNIERSKONTINGENTE

Kanton	bisher (1981/82) ¹⁾	neu (1983/84)	Aenderung absolut	in %
ZH	18'428	15'436	- 2'992	- 16.24
BE	13'879	14'821	942	6.79
LU	5'541	5'444	- 97	- 1.75
UR	2'394	1'387	- 1'007	- 42.06
SZ	2'212	2'318	106	4.79
OW	1'382	1'565	183	13.24
NW	1'207	1'047	- 160	- 13.26
GL	1'040	1'125	85	8.17
ZG	1'385	1'415	30	2.17
FR	1'330	1'940	610	45.86
SO	2'605	2'238	- 367	- 14.09
BS	3'187	2'719	- 468	- 14.68
BL	2'972	2'366	- 606	- 20.39
SH	725	763	38	5.24
AR	834	961	127	15.23
AI	298	338	40	13.42
SG	6'354	6'754	400	6.30
GR	25'875	24'780	- 1'095	- 4.23
AG	5'854	5'365	- 489	- 8.35
TG	3'094	2'994	- 100	- 3.23
TI	11'261	8'915	- 2'346	- 20.83
VD	12'472	12'272	- 200	- 1.60
VS	14'139	14'333	194	1.37
NE	1'647	1'889	242	14.69
GE	7'833	8'087	254	3.24
JU	1'018	946	- 72	- 7.07
Total	148'966	142'218	- 6'748	- 4.50
Bundes- kontingent	10'000	9'000	- 1'000	- 10.00
Gesamt- total	158'966	151'218	- 7'748	- 4.90

1) im Kontingentsjahr 1982/83 wurden nur 95% der bisherigen Kontingente freigegeben.

DOCUMENTATION POUR LA PRESSE

KURZAUFENTHALTERKONTINGENTE

Kanton	bisher (1982/83)	neu (1983/84)	Aenderung absolut	in %
ZH	691	629	- 62	- 9.0
BE	392	376	- 16	- 4.1
LU	120	137	17	14.2
UR	12	14	2	16.7
SZ	40	47	7	17.5
OW	9	11	2	22.2
NW	9	11	2	22.2
GL	23	27	4	17.4
ZG	35	40	5	14.3
FR	67	78	11	16.4
SO	108	121	13	12.0
BS	225	205	- 20	- 8.9
BL	103	119	16	15.5
SH	40	47	7	17.5
AR	23	27	4	17.4
AI	5	6	1	20.0
SG	194	181	- 13	- 6.7
GR	81	94	13	16.0
AG	232	214	- 18	- 7.8
TG	100	116	16	16.0
TI	180	164	- 16	- 8.9
VD	318	333	15	4.7
VS	89	103	14	15.7
NE	103	119	16	15.5
GE	273	248	- 25	- 9.2
JU	28	33	5	17.9
Total	3'500	3'500	-	-
Bundes- kontingent	7'500	7'500		

Le Conseil fédéral a adopté l'ordonnance d'exécution portant sur le nombre de places de séjour à l'étranger pour les ressortissants étrangers exerçant une activité lucrative à la situation actuelle. Ce faisant, il a poursuivi trois objectifs essentiels. Il a tout d'abord agi, en tenant compte de diverses objections et suggestions recueillies lors de la procédure de consultation. Les ordonnances d'exécution fédérales et cantonales seront adoptées en conséquence et à la même date.

DOCUMENTATION POUR LA PRESSE

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ECONOMIE PUBLIQUE

DEPARTEMENT FEDERAL DE
JUSTICE ET POLICE

Réglementation de la main-d'oeuvre étrangère 1983/84

Comme chaque année, le Conseil fédéral a adapté l'ordonnance limitant le nombre des étrangers qui exercent une activité lucrative à la situation actuelle. Ce faisant, il a poursuivi trois objectifs essentiels. Il s'est agi, en premier lieu, d'améliorer la répartition des nombres maximums pour les autorisations de séjour à l'année, saisonnières et de courte durée en tenant compte de l'évolution de la situation économique de chaque canton; en second lieu, d'obtenir une réduction du nombre des entrées non contingentées en renforçant certaines dispositions d'admission; enfin d'améliorer l'ordonnance en procédant à quelques adaptations matérielles, rédactionnelles et formelles. En arrêtant la nouvelle réglementation qui entrera en vigueur le 1^{er} novembre 1983, le Conseil fédéral a tenu compte de diverses objections et suggestions recueillies lors de la procédure de consultation. Les ordonnances d'exécution du Département fédéral de l'économie publique et du Département fédéral de justice et police seront adaptées en conséquence et à la même date.

1. Les résultats de la procédure de consultation

Tous les cantons, les organisations faïtières et les grands partis politiques ont participé à la consultation. Un certain nombre d'associations professionnelles et autres organismes intéressés, ainsi que différents groupements féminins, ont en outre tenu à donner leur point de vue.

Dans la plupart des cas, les avis exprimés ont approuvé en principe, les buts poursuivis par le projet de révision, et plus particulièrement celui relatif aux entrées non contingentées. Toutefois, les différentes suggestions font l'objet d'appréciations diverses. En voici les principaux aspects.

Dans l'ensemble, la fixation ainsi que la nouvelle répartition des nombres maximums cantonaux relatifs aux travailleurs à l'année, ont remporté l'adhésion générale; quelques critiques ont été émises avant tout en ce qui concerne la prise en compte des effectifs de frontaliers dans le mode de calcul de la nouvelle clé de répartition. La plupart des cantons frontaliers se sont déclarés mécontents de la réduction de leur contingent, alors que les associations d'employeurs, en particulier, craignent que la faible augmentation des contingents accordée aux cantons de l'intérieur du pays n'accroisse l'effectif des étrangers en Suisse au dépens des cantons frontaliers.

Une grande partie des cantons approuve, parfois avec des réserves, la nouvelle clé de répartition pour les contingents de saisonniers qui est appliquée après une amputation linéaire de 5,2 % de l'effectif total des entrées.

Ce sont principalement les cantons dont les contingents sont fortement réduits qui donnent un point de vue négatif. Les associations de travailleurs et quelques partis politiques préconisent généralement une réduction globale des entrées de saisonniers; par contre, les associations d'employeurs sont de l'avis qu'il faudrait renoncer à l'amputation linéaire des contingents.

Au sujet de la nouvelle répartition des autorisations de courte durée, les cantons de Zurich et de Bâle-Ville sont nettement opposés à une réduction de leurs contingents. L'Union suisse des arts et métiers, le Parti radical-démocratique suisse et la Fédération suisse du tourisme plaident en faveur d'une augmentation du contingent fédéral des autorisations de courte durée.

En ce qui concerne les entrées non contingentées, c'est tout spécialement la proposition relative à l'article 2, lettres a et e qui a provoqué parfois de fortes oppositions. Au demeurant, on s'accorde à reconnaître que la limitation des entrées passe par des mesures plus sévères prises en dehors du système de limitation.

Quant aux autres modifications proposées, les avis exprimés peuvent se résumer ainsi :

- l'élargissement de l'article 3, alinéa 1, lettre d qui prévoit maintenant la possibilité d'occuper des travailleurs étrangers pour une durée de trois mois au maximum également dans les entreprises saisonnières est accueillie favorablement et presque à l'unanimité par les cantons et les associations d'employeurs. Elle trouve moins de compréhension auprès des associations de travailleurs, du Parti socialiste, de l'Action nationale et de quatre autres organisations;

- l'extension du champ d'application de l'article 7, alinéa 1, lettre h relatif au contingent de l'OFIAMT a été bien acceptée de tous;
- un nombre restreint de réponses considèrent comme par trop abrupte l'abrogation de la réglementation relative aux "anciens saisonniers";
- les autres adaptations rédactionnelles et formelles ont toutes été acceptées presque sans exception.

Parmi une série de suggestions issues de la consultation, notons celle qui a été citée à plusieurs reprises et qui demande d'exiger de l'employeur qu'il joigne à sa demande d'engagement d'un étranger un contrat de travail écrit.

2. Les principaux points de la nouvelle réglementation

L'analyse de la consultation montre que la nouvelle réglementation va bien dans le sens souhaité. La politique de stabilisation menée fermement par le Conseil fédéral est largement approuvée.

2.1 Contingents d'autorisations de séjour à l'année

Le chiffre global des nombres maximums réservés aux entrées de travailleurs à l'année (contingents cantonaux : 7'002; contingent OFIAMT : 3'000) demeure inchangé. Ce qui change par contre, est la répartition entre les cantons et, dans ce domaine, on s'en est tenu à la solution proposée dans la procédure de consultation. La nouvelle clé de répartition a été adaptée au mieux à la

à la situation actuelle et aux besoins les plus urgents. Dans le mode de calcul, l'importance plus grande attribuée à la migration intérieure des travailleurs étrangers. crée une compensation équitable entre les cantons qui ont un solde positif et ceux qui ont un solde négatif dans ce domaine. D'ailleurs, la prise en compte des effectifs des frontaliers répond à un souci d'équité à l'égard des cantons qui ne peuvent pas recourir à cette catégorie de main-d'oeuvre. Le fait de limiter les pertes des cantons concernés à 9 pour cent au maximum des contingents fixés jusqu'ici, évite des ajustements trop drastiques et contribue à une redistribution acceptable des contingents cantonaux de travailleurs à l'année.

Afin de créer, pour l'ensemble de la Suisse, une situation de départ tant soit peu équilibrée, les cantons et l'OFIAMT pourront à titre exceptionnel reporter sur la prochaine période de contingentement un nombre d'unités correspondant au maximum à la moitié des nouveaux contingents annuels. L'appendice 2 indique les modifications qui ont été apportées aux nombres maximums cantonaux.

2.2 Contingents de saisonniers

Partant d'un effectif fixé à nouveau à 110'000 unités au maximum, effectif qui ne devrait pas être dépassé l'année prochaine, il a été indispensable de procéder à une réduction globale du nombre des entrées de saisonniers de l'ordre de 5 pour cent environ. Par rapport au projet soumis en consultation, les nombres maximums des six cantons (Zurich, Uri, Nidwald, Soleure, Bâle-Campagne, Tessin), qui avaient enregistré les plus fortes réductions de contingent ont été rehaussés équitablement.

Cela devrait faciliter le passage à des contingents plus restreints. Au total, 999 autorisations seront réparties entre les six cantons concernés, proportionnellement à leurs contingents; simultanément, le contingent de l'OFIAMT passera en conséquence de 10'000 à 9'000 unités.

Le détail des modifications figure dans l'appendice 2.

2.3 Contingents d'autorisations de courte durée

Bien que dans ce domaine aussi on applique strictement le droit de priorité reconnu aux travailleurs indigènes, les perspectives concernant l'obtention d'emplois de courte durée sont toujours favorables. Cette catégorie de main-d'oeuvre joue un rôle de moindre importance en ce qui concerne la surpopulation étrangère, et confère à différents secteurs économiques une plus grande flexibilité. Comparée au projet soumis en consultation, la clé de répartition adoptée pour les contingents cantonaux d'autorisations de courte durée a été modifiée en faisant en sorte qu'aucun canton n'ait à subir une réduction de contingent supérieure à neuf pour cent.

L'appendice 3 donne le détail des modifications, par canton.

2.4 Limitation des entrées non contingentées

La consultation a démontré que le Conseil fédéral pouvait compter sur un très vaste soutien quant aux mesures limitatives qu'il envisageait de prendre en ce qui concerne les entrées non contingentées. Néanmoins, certaines dispositions ont été modifiées par rapport au projet soumis en consultation.

Article 2, lettre a

La proposition qui consistait à exempter des mesures de limitation les enfants étrangers de Suisses et de Suissesses seulement s'ils sont mineurs et s'ils habitent en Suisse avec leurs parents a été abandonnée. L'ancienne réglementation reste donc en vigueur.

Article 2, lettre e

Les fonctionnaires d'administrations étrangères qui accomplissent leur service en Suisse continueront à ne pas être soumis aux mesures de limitation.

Article 2, lettre f

Afin d'éviter les abus observés dans la pratique, l'admission hors contingent des correspondants de presse étrangers en Suisse sera soumise à certaines conditions précises.

Article 3, alinéa 1, lettre a et m

Le regroupement familial, réglé jusqu'ici suivant le sexe, fera désormais l'objet d'une seule et même disposition, respectant ainsi le principe de l'égalité de traitement entre femmes et hommes. Cette modification est complétée dans l'ordonnance du Département fédéral de justice et police, qui précise que seuls seront admis hors contingent, dans le cadre du regroupement familial, les enfants célibataires n'ayant pas encore atteint l'âge de 20 ans.

3. Autres innovations et adaptations

3.1 Séjour de trois mois au maximum pour l'exercice d'une activité

La possibilité d'occuper, hors contingentement, des étrangers pour trois mois au maximum, réservée jusqu'ici aux entreprises exploitées toute l'année, a été élargie aux entreprises saisonnières qui peuvent désormais bénéficier aussi de cette disposition de l'ordonnance. Cette solution apportera au marché du travail non seulement une plus grande flexibilité mais atténuera le problème des travailleurs clandestins.

3.2 Disposition élargie concernant le contingent d'autorisations de séjour à l'année de l'OFIAMT

La nouvelle teneur de l'article 7, alinéa 1, lettre h permettra d'autoriser la venue de spécialistes hautement qualifiés dont le séjour dans notre pays est indispensable pour la préparation ou l'exécution de projets en Suisse ou à l'étranger, en imputant les nombres maximums accordés à l'OFIAMT pour les autorisations de séjour à l'année.

3.3 Observation ferme de la durée du séjour des saisonniers fixée à neuf mois au maximum

Dès le début du plafonnement global, instauré en 1973, le séjour des saisonniers dans notre pays limité à neuf mois l'an. Toutefois, des exceptions ont

été accordées en faveur des travailleurs qui avaient travaillé en Suisse comme saisonniers depuis 1972 sans interruption. Après 10 ans de régime transitoire, cette réglementation d'exception a été abolie. Les quelques "anciens" saisonniers restants seront admis dorénavant dans le cadre des dispositions prévues par l'ordonnance.

3.4 Contrat de travail écrit / Réglementation des frais de voyage

Afin de garantir une meilleure protection des travailleurs étrangers et d'accroître l'efficacité des prescriptions régissant le marché du travail, l'article 21 a été complété par les deux adjonctions suivantes :

- l'office du travail compétent peut demander à l'employeur de lui fournir un contrat de travail écrit et détaillé, afin de lui permettre une meilleure étude des possibilités offertes par le marché du travail (article 21, alinéa 4);
- l'autorisation ne peut être accordée pour une première prise d'emploi que s'il a été convenu par écrit du paiement des frais de transport; en règle générale, l'employeur prend à sa charge les frais du voyage d'entrée (article 21, alinéa 3).

Total

7'002

Contingent

fédéral

3'000

1) Dans la période de contingentement 1981/82, 75 % seulement des contingents valables jusqu'ici ont été utilisés.

Appendice 1

CONTINGENTS D'AUTORISATIONS A L'ANNEE

<u>Canton</u>	<u>jusqu'ici</u> <u>(1981/82)</u> 1)	<u>nouveau</u> <u>(1983/84)</u>	<u>modification</u> <u>en chiffres</u> <u>absolus</u>	<u>en %</u>
ZH	1'165	1'060	- 105	- 9.0
BE	689	751	62	9.0
LU	219	281	62	28.3
UR	32	34	2	6.3
SZ	118	126	8	6.8
OW	32	34	2	6.3
NW	25	27	2	8.0
GL	53	68	15	28.3
ZG	72	78	6	8.3
FR	155	185	30	19.4
SO	214	229	15	7.0
BS	296	269	- 27	- 9.1
BL	218	232	14	6.4
SH	103	111	8	7.8
AR	104	112	8	7.7
AI	20	21	1	5.0
SG	399	363	- 36	- 9.0
GR	290	264	- 26	- 9.0
AG	470	428	- 42	- 8.9
TG	238	259	21	8.8
TI	331	301	- 30	- 9.1
VD	695	666	- 29	- 4.2
VS	245	262	17	6.9
NE	226	289	63	27.9
GE	521	474	- 47	- 9.0
JU	72	78	6	8.3
Total	7'002	7'002	-	-
Contingent fédéral	3'000	3'000		

1) Dans la période de contingentement 1982/83, 75 % seulement des contingents valables jusqu'ici ont été libérés.

Appendice 2

CONTINGENTS D'AUTORISATIONS SAISONNIERES

<u>Canton</u>	<u>jusqu'ici</u> <u>(1981/82)</u> 1)	<u>nouveau</u> <u>(1983/84)</u>	<u>modification</u> <u>en chiffres</u> <u>absolus</u>	<u>en %</u>
ZH	18'428	15'436	- 2'992	- 16.24
BE	13'879	14'821	942	6.79
LU	5'541	5'444	- 97	- 1.75
UR	2'394	1'387	- 1'007	- 42.06
SZ	2'212	2'318	106	4.79
OW	1'382	1'565	183	13.24
NW	1'207	1'047	- 160	- 13.26
GL	1'040	1'125	85	8.17
ZG	1'385	1'415	30	2.17
FR	1'330	1'940	610	45.86
SO	2'605	2'238	- 367	- 14.09
BS	3'187	2'719	- 468	- 14.68
BL	2'972	2'366	- 606	- 20.39
SH	725	763	38	5.24
AR	834	961	127	15.23
AI	298	338	40	13.42
SG	6'354	6'754	400	6.30
GR	25'875	24'780	- 1'095	- 4.23
AG	5'854	5'365	- 489	- 8.35
TG	3'094	2'994	- 100	- 3.23
TI	11'261	8'915	- 2'346	- 20.83
VD	12'472	12'272	- 200	- 1.60
VS	14'139	14'333	194	1.37
NE	1'647	1'889	242	14.69
GE	7'833	8'087	254	3.24
JU	1'018	946	- 72	- 7.07
Total	148'966	142'218	- 6'748	- 4.50
Contingent fédéral	10'000	9'000	- 1'000	- 10.00
Total général	158'966	151'218	- 7'748	- 4.90

1) Dans la période de contingentement 1982/83, 95 % seulement des contingents valables jusqu'ici ont été libérés.

CONTINGENTS D'AUTORISATIONS DE COURTE DUREE

<u>Canton</u>	<u>jusqu'ici</u> <u>(1982/83)</u>	<u>nouveau</u> <u>(1983/84)</u>	<u>modification</u> <u>en chiffres</u> <u>absolus</u>	<u>en %</u>
ZH	691	629	- 62	- 9.0
BE	392	376	- 16	- 4.1
LU	120	137	17	14.2
UR	12	14	2	16.7
SZ	40	47	7	17.5
OW	9	11	2	22.2
NW	9	11	2	22.2
GL	23	27	4	17.4
ZG	35	40	5	14.3
FR	67	78	11	16.4
SO	108	121	13	12.0
BS	225	205	- 20	- 8.9
BL	103	119	16	15.5
SH	40	47	7	17.5
AR	23	27	4	17.4
AI	5	6	1	20.0
SG	194	181	- 13	- 6.7
GR	81	94	13	16.0
AG	232	214	- 18	- 7.8
TG	100	116	16	16.0
TI	180	164	- 16	- 8.9
VD	318	333	15	4.7
VS	89	103	14	15.7
NE	103	119	16	15.5
GE	273	248	- 25	- 9.2
JU	28	33	5	17.9
Total	3'500	3'500	-	-
Contingent fédéral	7'500	7'500		



EIDGEN. SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

30

3003 Bern, 18. Oktober 1983

Hn/Ki, 24. Oktober 1983

AusgestelltAn den Bundesrat

Fremdarbeiterregelung / Revision der Verordnung des Bundesrates vom
 22. Oktober 1980 über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer

Mitbericht zum Antrag des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes
 und des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes vom 6. Oktober 1983.

Da der Bundesrat die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der erwerbs-
 tätigen Ausländer voraussichtlich erst in der Sitzung vom 26. Oktober 1983
 verabschieden wird, kann die Veröffentlichung nicht mehr wie vorgesehen in
 der AS- Nummer vom 25. Oktober erfolgen.

Damit eine rechtzeitige Veröffentlichung in der AS sichergestellt werden
 kann, beantragen wir daher, das Inkrafttreten der Verordnung auf den
 15. November 1983 zu verschieben.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 Der Bundeskanzler

W. Buser

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 24. Oktober 1983

Ausgeteilt

Für die B.-Sitzung
vom 2. 6. OKT. 1983

An den
B u n d e s r a t

Fremdarbeiterregelung / Revision der Verordnung
des Bundesrates vom 22. Oktober 1980 über die
Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer

Stellungnahme zum Mitbericht der Schweizerischen
Bundeskanzlei zum Antrag EVD/EJPD vom 6. Oktober 1983

Wir halten an unserem Antrag fest, die Verordnung sei
auf den 1. November 1983 in Kraft zu setzen.

Höchstzahlen für Saisonniers und Kurzaufenthalter
wurden bisher auf die betreffende Kontingentsperiode
begrenzt, die jeweils am 31. Oktober abläuft. Würde
die neue Verordnung erst am 15. November 1983 in Kraft
treten, müsste bis zu diesem Zeitpunkt eine Ueber-
gangsregelung getroffen werden. Im Hinblick auf Ver-
gleiche zu früheren Kontingentsperioden sowie im
Interesse einer möglichst einfachen Regelung halten

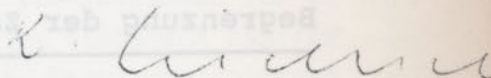
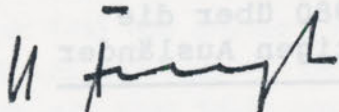
Bern, 24. Oktober 1983

wir es für angezeigt, die Verordnung auf den
1. November 1983 in Kraft zu setzen.

Aus dem Umstand, dass sie während ganz kurzer Zeit
noch nicht veröffentlicht ist, erwachsen bei der
vorliegenden Revision den Betroffenen keine Nach-
teile.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT



Stellungnahme zum Mithesicht der Schweizerischen
Bundeskanzlei zum Antrag EVO/EUBD vom 6. Oktober 1983

Wir halten an unserem Antrag fest, die Verordnung sei
auf den 1. November 1983 in Kraft zu setzen.

Höchstzahlen für Saisonanleger und Kurzaufenthalter
wurden bisher auf die betreffende Kontingenzperiode
begrenzt, die jeweils am 31. Oktober abläuft. Würde
die neue Verordnung erst am 1. November 1983 in Kraft
treten, müsste bis zu diesem Zeitpunkt eine Über-
gangsregelung getroffen werden. Im Hinblick auf Ver-
gleiche zu früheren Kontingenzperioden sowie im
Interesse einer möglichst einfachen Regelung halten



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 25 octobre 1983

Distribuée

Für die BR.-Sitzung
 vom 26. OKT. 1983

Au Conseil fédéral

Co-rapport à la proposition des DFEP
 et DFJP du 6 octobre concernant la
 réglementation de la main-d'oeuvre étrangère

1. Possibilité donnée aux bénéficiaires d'autorisations de courte durée de travailler jusqu'à trois mois, et hors contingent, dans une entreprise saisonnière:

nous avons le sentiment que cette disposition crée une nouvelle catégorie de saisonniers, non contingentés. Ces travailleurs ne bénéficieraient d'aucun des avantages liés au statut de saisonnier. Nous notons aussi que le nombre de travailleurs qui bénéficieraient de cette disposition pourrait être extrêmement élevé, ce qui rendrait inefficace toute la politique du Conseil fédéral en matière de limitation de la main-d'oeuvre étrangère, notamment de la main-d'oeuvre saisonnière.

2. Travailleurs à l'année: nous nous demandons si, compte tenu de l'évolution de la situation économique en Suisse, il n'y a pas lieu de réduire, comme le Conseil fédéral l'avait fait l'année dernière, le contingent annuel d'autorisations de séjours à l'année de 25 %. Les contingents cantonaux s'élèveraient à 5'250 et celui de l'OFIAMT à 2'250, soit au total 7'500 et non pas 10'000 comme le propose les deux départements. Nous devrions en tout cas, comme en 1982/83, ne libérer actuellement que la moitié du contingent annuel et revenir sur cette question au début de l'année prochaine.

DEPARTMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI



3. Nous ne sommes pas opposés à la suppression de la réglementation d'exceptions en vigueur pour "les vieux saisonniers". Nous pensons cependant que chaque cas individuel doit être examiné avec soin et que tout doit être fait pour offrir, à chacun de ceux qui travaillent régulièrement depuis plus de dix ans chez nous, la possibilité d'avoir une autorisation à l'année.

DEPARTEMENT FEDERAL DES
AFFAIRES ETRANGERES

Pierre Aubert

EIDGENOESSISCHES VOLKS-
WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT

3003 Bern, 26. Oktober 1983

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

S t e l l u n g n a h m e zum Mitbericht des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten vom 25. Oktober 1983 betreffend den Antrag unserer beiden Departemente vom 6. Oktober 1983 zur Fremdarbeiterregelung

I

Zu den drei Problemkreisen des Mitberichtes des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten vom 25. Oktober 1983 nehmen wir wie folgt Stellung:

ad 1. Schon seit der Einführung der Globalplafonierung im Jahre 1970 können Ausländer, die von Jahresbetrieben für nicht länger als drei Monate beschäftigt werden, ausserhalb der zahlenmässigen Begrenzung in die Schweiz einreisen. Die Annahme des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, mit der Neuformulierung

von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d werde eine neue Aufenthaltskategorie geschaffen, ist somit unzutreffend. Mit der Neuformulierung wird lediglich klargestellt, dass kurzfristig in der Schweiz anwesende Ausländer künftig auch in Saisonbetrieben arbeiten können. Mit dieser Lösung wird nicht nur die bisher unterschiedliche Behandlung von Jahresbetrieben und Saisonbetrieben aufgehoben, sondern auch ein Beitrag zur Verminderung der Schwarzarbeit geleistet. Es ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass vor allem ausländische Studenten und Schüler während ihrer Ferien von dieser kontingentsfreien Beschäftigungsmöglichkeit profitieren, und dass vor allem vom Gastgewerbe und von der Landwirtschaft entsprechende Arbeitsangebote offeriert werden.

Schliesslich sei daran erinnert, dass der Bundesrat

- ad 2. Auch mit dem Vorschlag, die Jahresaufenthalterkontingente der Kantone und des Bundes nur teilweise freizugeben, können wir uns nicht einverstanden erklären. Abgesehen davon, dass die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung im Jahre 1983 eingehalten wurde und sogar eine leichte Reduktion der Ausländerzahlen eingetreten ist, muss auf folgendes hingewiesen werden:
- . Eine nur teilweise Freigabe der Kontingente würde dem Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zuwiderlaufen.
 - . Durch den neuen Verteilungsschlüssel müssen verschiedene Kantone ohnehin eine fühlbare Reduktion ihrer Kontingente hinnehmen.
 - . Zudem werden die Kantone, im Gegensatz zu früheren Jahren, nur über einen Teil ihrer Restkontingente

II

Aufgrund aus der laufenden Kontingentsperiode verfügen können
(Anhang I, Absatz 3 der Verordnung).

Antrag

. Ueberdies ist darauf hinzuweisen, dass die Einreise-
zahlen für Saisoniers gegenüber den bisherigen Höchst-
zahlen um rund 5 % gekürzt wurden.

Der Entwurf der Verordnung über die Kontingente für Saisonarbeiter
Begrenzung der Kontingente für Saisonarbeiter
Antrag unserer beiden Departemente vom 5. Oktober 1983 zu
genehmigen
EINGEGANGEN
WIRTSCHAFT

. Die Dispositionsfreiheit der Kantone wird bereits
durch die jährliche Festsetzung der Kontingente einge-
schränkt; eine zusätzliche Beschneidung durch eine
ratenweise Freigabe der Jahreskontingente lässt sich
im Interesse einer kontinuierlichen Arbeitsmarktpolitik
kaum verantworten.

W. J. . Schliesslich sei daran erinnert, dass der Bundesrat,
gestützt auf Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung, nötigen-
falls jederzeit die Kontingente ganz oder teilweise
sperrern kann.

ad 3. Was schliesslich die Streichung der Ausnahmeregelung
für "alte" Saisonarbeiter angeht, so teilen wir die
Auffassung des Eidgenössischen Departementes für aus-
wärtige Angelegenheiten, dass jenen Saisonarbeitern,
die seit 1972 ohne Unterbruch in der Schweiz erwerbs-
tätig sind, die Umwandlung ihrer Saison- in eine Jah-
resbewilligung ermöglicht werden soll. Dazu bedarf es
aber keineswegs einer Modifikation des vorgeschlagenen
Verordnungstexts.

II

Aufgrund der vorstehenden Ueberlegungen stellen wir den

Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour initiales qui sont accordées par les cantons ainsi que sur décision de l'OFIANT à des étrangers exer-

A n t r a g

Der Entwurf für eine Verordnung des Bundesrates über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer sei gemäss Antrag unserer beiden Departemente vom 6. Oktober 1983 zu genehmigen und auf den 1. November 1983 in Kraft zu setzen.

Zürich	794	Schaffhouse	83
Berna	583	Appenzell Sh.-Ext.	84
EIDGENOESSISCHES VOLKS- WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT	211	EIDGENOESSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT	16
Uri	16		272
Schwyz	84	Grisons	198
Ob- u. Nidwalden	25	Appenzell A.O.	11
Unterwalden-le-Bas	20	Thurgovie	194
Glaris	11	Tessin	126
Zoug	28	Vaud	499
Fribourg	107	Vallais	196
Soleure	172	Neuchâtel	217
Sâle-Ville	202	Genève	355
Sâle-Campagne	178	Jura	58

H. Jung

A. L. ...

b. Nombre maximum pour l'année 1984.
² Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

³ S'ils ne sont pas encore employés, les nombres maximums libérés conformément à la recommandation de reconnaissance du Conseil fédéral du 27 avril 1983 et relatifs à l'octroi d'autorisations de séjour à des travailleurs à l'étranger peuvent encore être utilisés jusqu'à concurrence de la moitié des nombres indiqués au 1^{er} alinéa.

Variante 1Appendice 1nouveau

¹ Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour initiales qui peuvent être accordées par les cantons ainsi que sur décision de l'OFIAMT à des étrangers exerçant une activité lucrative à l'année sont fixés comme il suit :

nouveau a. Nombre maximum par canton:

Zurich	795	Schaffhouse	83
Berne	563	Appenzell Rh.-Ext.	84
Lucerne	211	Appenzell Rh.-Int.	16
Uri	25	Saint-Gall	272
Schwyz	94	Grisons	198
Unterwald-le-Haut	25	Argovie	321
Unterwald-le-Bas	20	Thurgovie	194
Glaris	51	Tessin	226
Zoug	58	Vaud	499
Fribourg	139	Valais	196
Soleure	172	Neuchâtel	217
Bâle-Ville	202	Genève	355
Bâle-Campagne	174	Jura	58

b. Nombre maximum pour l'OFIAMT: 2'250.

² Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 31 octobre 1984.

nouveau

³ S'ils ne sont pas encore épuisés, les nombres maximums libérés conformément à la modification de l'ordonnance du Conseil fédéral du 27 avril 1983¹⁾ et destinés à l'octroi d'autorisations de séjour à des travailleurs à l'année peuvent encore être utilisés jusqu'à concurrence de la moitié des nombres indiqués au 1^{er} alinéa.

Variante 2

Appendice 1

nouveau ¹ Les nombres maximums des autorisations d'entrée et de séjour initiales qui peuvent être accordées par les cantons ainsi que sur décision de l'OFIAMT à des étrangers exerçant une activité lucrative à l'année sont fixés comme il suit :

nouveau a. Nombre maximum par canton:

Zurich	530	Schaffhouse	55
Berne	375	Appenzell Rh.-Ext.	56
Lucerne	140	Appenzell Rh.-Int.	10
Uri Nationalrat	17	Saint-Gall	181
Schwyz	63	Grisons	132
Unterwald-le-Haut	17	Argovie	214
Unterwald-le-Bas	13	Thurgovie	129
Glaris	34	Tessin	150
Zoug	39	Vaud	333
Fribourg	92	Valais	131
Soleure	114	Neuchâtel	144
Bâle-Ville	134	Genève	237
Bâle-Campagne	116	Jura	39

b. Nombre maximum pour l'OFIAMT: 1'500.

² Les nombres maximums sont valables du 1^{er} novembre 1983 au 30 avril 1984.

nouveau ³ S'ils ne sont pas encore épuisés, les nombres maximums libérés conformément à la modification de l'ordonnance du Conseil fédéral du 27 avril 1983¹⁾ et destinés à l'octroi d'autorisations de séjour à des travailleurs à l'année peuvent encore être utilisés jusqu'à concurrence de la moitié des nombres indiqués au 1^{er} alinéa.

<https://www.youtube.com/watch?v=...>